# ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus der DFG-VK

Nr. 1/2011 | 37. Jahrgang | 2,30 €

## Bundesweit für den Atomausstieg!

## 25.04.2011

# 25 Jahre Tschernobyl: AKWs endlich abschalten! Atomwaffen abschaffen!

www.tschernobyl25.de

mit der Beilage
atomwaffenfrei
information der gewaltfreien aktion atomwaffen abschaffen

## Titel

*Wolfgang Kirstein* 4
Die siamesischen Zwillinge
Der Zusammenhang von Atomkraft und Atomwaffen

*Marion Küpker* 6
Die militärisch-zivile Plutonium-Sackgasse: MOX
Die Plutonium-Verarbeitung aus „Mixed Oxide"-Brennekementen

*Jochen Stay* 8
Neue Chancen, neue Ansatzpunkte
Die AKW-Stilllegung kann gelingen, wenn genügend Menschen dafür auf die Straße gehen

## Antimilitarismus

*Marion Küpker*
Antimilitaristisches Camp in Schweden 9
Internationales Aktionstreffen vom 18. bis 31. Juli

*Stefan Philipp*
Der Lügenbaron und seine Bande 10
Anmerkungen zum Fall Guttenberg, der Christenunion, Moral und Krieg

*Jürgen Rose*
Die Kriegslüge des Dr. h.c. mult J. Fischer 18
Der Ex-Außenminister bestreitet die völkerrechtswidrige deutsche Beteiligung am Irak-Krieg

*Ulrich Finckh* 22
Wann endet die Bündnistreue?
Der Nato-Partner USA mordet völkerrechtswidrig mit Drohnen

Das Oberlandesgericht Schleswig 24
verurteilt die Friedensaktivistin Hanna Poddig zu 14.000 Euro Schadensersatz

## Transnationales

*Tobias Pflüger* 11
Der Westen und die arabischen Revolutionen

*Claudia Haydt* 12
Gefährdete Freiheiten
Nach den Revolutionen in Tunesien und Ägypten

*Lotta Viktualia* 14
Gegen die Kriegsdienstpflicht in Ägypten
Maikel Nabil Sanad – Der erste ägyptische KDVer

*Jürgen Grässlin* 15
Dictators' best friend
Deutsche Waffenhilfe für die Diktatoren in Ägypten, Libyen und Saudi-Arabien

## DFG-VK - Intern

*Eugen Januschke* 25
„Nur" für Frieden zu sein ermöglicht Krieg „mit"!
Zur DFG-VK-Programmdiskussion: Provokation als antimilitaristisches Aktionswerkzeug

*Ulli Thiel*
Der lange Atem 26
Die frühere DFG-IdK-Bundesvorsitzende Hannelis Schulte feierte ihren 90. Geburtstag

*Joachim Fischer*
... und noch ein 90. Geburtstag 27
Otmar Leist: Friedensschriftsteller in der „Rüstungshochburg" Bremen

Literaturhinweise 23
Impressum 21

Die Artikel zu diesem **ZivilCourage**-Titel wurden zwar vor der Atom-Katastrophe in Japan geplant und geschrieben, sie werden durch die aktuellen Entwicklungen aber nicht falsch - im Gegenteil! Wer gegen die so genannte „zivile" Nutzung der Atomkraft ist, der kann nicht für Atomwaffen sein; und umgekehrt. Beide Arten sind die zwei Seiten derselben Medaille. Ebenso wie viele AktivistInnen der Anti-Atom-Bewegung regelmäßig sich auch an Kampagnen und Aktionen der Friedensbewegung beteiligen, sollten wir uns bei den Aktivitäten am Tschernobyl-Aktions- und Gedenktag beteiligen. Und bei den anderen Kundgebungen, die nun wohl als Reaktion auf das Desaster in Japan stattfinden.

Mindestens vom Umfang her praktisch eine zweite Titelgeschichte ist die Beschäftigung mit den Revolutionen in der arabischen Welt. Tobias Pflüger und Claudia Haydt geben einen Überblick, ordnen ein und weisen auf gefährliche Entwicklungen hin. Überraschend der Artikel über Maikel Nabil Sanad: Auch in Ägypten gibt es Kriegsdienstverweigerer, mindestens einen. Dass die Unterdrückung in vielen arabischen Staaten mit westlichen und vor allem auch deutschen Waffen und Rüstungs„gütern" praktiziert wird, thematisiert DFG-VK-Bundessprecher Jürgen Grässlin unter der Überschrift „Dictators' best friend".

Der ehemalige Außenminister (und heutige RWE-, BMW-, Rewe- und Siemens-„Berater") Joschka Fischer hat gerade den zweiten Teil seiner Memoiren veröffentlicht. Titel: „I'm not convinced, Der Irakkrieg und die rot-grünen Jahre". Nun kennt man das ja: Erstens können die Herren Autobiografen nochmal ordentlich abkassieren, und zweitens kann man den eigenen Anteil am Weltenlauf günstig darstellen. Die Wahrheit sieht da vielleicht ganz anders aus. So auch in diesem Fall. Herr Fischer behauptet: „Aber niemals hatte unsere Regierung die entscheidende Linie überschritten, nämlich entgegen unserer öffentlichen Ablehnung des Irak-Krieges insgeheim diesen Krieg doch unterstützt zu haben. Ein solcher Vorwurf ist schlicht haltlos." Wie gehaltvoll und berechtigt der Vorwurf aber tatsächlich ist, schildert Jürgen Rose.

Ein anderer Lügner und mittlerweile ebenfalls Ex-Minister ist Karl Guttenberg, der die Öffentlichkeit wegen seiner durch geistigen Diebstahl angefertigten Doktorarbeit beschäftigte. Erst hat er den Vorwurf des Plagiats als „abstrus" bezeichnet, dann kleinere Fehler bei den Fußnoten eingeräumt, schließlich von „schweren Fehlern" gesprochen und schließlich den Satz gesagt: „Ich war immer bereit zu kämpfen, aber ich habe die Grenzen meiner Kräfte erreicht." Sagte es und trat zurück. Im Internet hält sich das Gerücht, dass auch dieser Satz nur geklaut war – von Raumschiff-Enterprise-Captain Kirk, gesprochen im Film „Star Trek II. Der Zorn des Khan" 1982. Wundern würde es einen nicht, wenn's stimmt. Ernsthafter beschäftigt sich Stefan Philipp in seinem Artikel „Der Lügenbaron und seine Bande" mit Guttenberg.

Redaktion **ZivilCourage**
Postfach 900843, 21048 Hamburg
Telefon 040-58966161 eMail zc@dfg-vk.de

Die **ZivilCourage** erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift „Courage" und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift „Zivil" heraus.

Foto: Peter Tobiassen

Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist ein bedrückendes déjà-vu-Erlebnis:

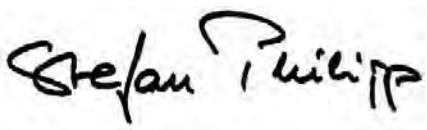
Die **ZivilCourage** ist fertig layoutet, nun muss nur noch ein PDF erstellt werden, und die Daten können in die Druckerei gehen. Ich mache den Fernseher an, schalte auf CNN ... und sehe die brennenden Türme des World Trade Center in New York. Es war ein Dienstagnachmittag, der 11. September 2001. Ein kleiner Kasten auf der Seite 2 der Ausgabe 5/2011, im letzten Moment eingefügt, musste ausreichen. In der Folge wird der Afghanistan-Krieg begonnen; seitdem morden und sterben dort auch Bundeswehr-Soldaten, obwohl konstant eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die deutsche Beteiligung an diesem Krieg ist.

Die **ZivilCourage** ist fertig layoutet, es fehlt nur noch mein Editorial. Ich schalte den Fernseher ein, „breaking news“: Das stärkste Erdbeben in seiner Geschichte erschüttert Japan, ein Tsunami verwüstet die japanische Ostküste, der Strom fällt mancherorts aus, im Atomkraftwerk Fukushima versagt die Notstromversorgung, es droht eine Kernschmelze... 11. März 2011.

... nicht, dass mich das beruhigen würde, aber wenigstens Titelbild und -story sind dieses Mal höchst passend: „25 Jahre Tschernobyl: AKWs endlich abschalten! Atomwaffen abschaffen!“ Die zwei Seiten der Atommedaille. Ausgerechnet das Land, das die eine Seite der Medaille durch die Abwürfe der US-Atombomben 1945 auf Hiroshima und Nagasaki so furchtbar erfahren musste, sieht sich nun der Gefahr gegenüber, auch noch die andere Seite kennenlernen zu müssen.

Die Folgen sind heute (dem 11. März) überhaupt noch nicht absehbar. Eines aber scheint mir sicher: Die drohende atomare Katastrophe in Japan ist eine Zäsur. „Die AKWs sind sicher!“ – mit diesem Glaubensbekenntnis braucht auch in Deutschland kein Politiker, keine Politikerin mehr zu kommen, man wird ihm und ihr nicht glauben. Frau Merkel nicht, die sicherlich mit ihren Sprechblasen von der „Brückentechnologie“ auf Stimmenfang gehen wird und damit nur verschleiert, dass die „Laufzeitverlängerung“ ein Multimilliardengeschenk für die Atomindustrie ist. Und den vielen Lobbyisten nicht, die von dem „besonders hohen deutschen Sicherheitsstandard“ sprechen. Jede und jeder weiß spätestens jetzt (um es mit dem Gegenmotto zum Hamburger Kirchentag 1981 zu sagen): „Fürchtet euch! Wehrt euch! Der Atomtod bedroht uns alle.“

Es liegt an uns. AKWs abschalten! Atomwaffen abschaffen!



## was & wo in der DFG-VK

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle, Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt, 069-27 29 82 31, office@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer: Monty Schädel, 0177-887 10 14, schaedel@dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, 0231-81 80 32, Stiftung@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Werastr. 10, 70182 Stuttgart, 0711-518856 01, ba-wue@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de/lv-bawue

DFG-VK-Landesverband Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, 089-89623446, bayern@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de/bayern

DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg, dfgvk@bamm.de, www.bamm.de

DFG-VK-Landesverband Bremen/Niedersachsen, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen 0421-596 49 61, nds-hb@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, lv.hh-sh@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, 069-431440, dfgvkhessen@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 12 08, 17182 Waren/Müritz, 0177-8871014, mv@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, 0231-818032, dfg-vk.nrw@t-online.de, www.nrw.dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Ost, c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus, 04416 Markkleeberg, 034299-76637, lvost@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Rheinland-Pfalz, c/o Jürgen Locher, Sigismundstraße 12, 55543 Bad Kreuznach, 0671-454 25

DFG-VK-Landesverband Saarland, Postfach 100621, 66104 Saarbrücken, 0681-35958 (jeden Donnerstag von 19 Uhr bis ca. 20 Uhr), saar@dfg-vk.de

ZivilCourage Abo schnipsel

Bitte mit 45 Cent frankieren

POSTKARTE

An die
DFG-VK
Kasseler Straße 1A
**60486 Frankfurt**

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 14 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 14.- € einschließlich Porto.

Vorname
Name
Straße
PLZ/Ort
Datum/Unterschrift

Ich bezahle bequem per Bankeinzug

Konto
BLZ

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der DFG-VK, Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum
Unterschrift

**Nach allem, was man zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Hefts – 14. März – weiß, realisiert sich in Japan gerade das berühmte-berüchtigte „Restrisiko“ der Atomkraft.**
**Damit wird nun für alle Welt unübersehbar, dass diese Technik nicht beherrschbar ist, sondern tödlich – zivil und militärisch.**
**Deshalb ist die einzig richtige Konsequenz: abschalten und abschaffen.**

# Die siamesischen Zwillinge

## Der Zusammenhang von Atomkraft und Atomwaffen

Von Wolfgang Kirstein

Am 26. April dieses Jahres jährt sich die Katastrophe von Tschernobyl, der bisher größte Unfall der „zivilen“ Atomkraftnutzung, zum 25. Mal. Die Anti-AKW-Bewegung bereitet deshalb für den 25. April bundesweit Aktionen an Atomkraftstandorten vor. Anti-AKW-Bewegung und Friedensbewegung sollten dies zum Anlass nehmen, nochmals klar zu machen, dass Atomkraftwerke und Atomwaffen demselben zivil-militärischen Projekt entsprungen und wie siamesische Zwillinge miteinander verbunden sind.

Atomreaktoren und Atombomben wurden während des Zweiten Weltkriegs in den USA im bisher größten technisch-wissenschaftlichen Vorhaben, dem Manhattan-Projekt, nebeneinander entwickelt. Dieses Projekt wurde von Physikern in Gang gesetzt, die fürchteten, Nazi-Deutschland würde die Atombombe bauen. Der erste Reaktor überhaupt war ein mit Natur-Uran betriebener Graphit-Reaktor. An ihm wurden grundlegende Erkenntnisse zum Bau von Atomreaktoren gewonnen. Außerdem wurde in diesem Reaktor Plutonium produziert, um dessen Eigenschaften für den Bombenbau zu studieren. Großtechnische Dimensionen nahm das Projekt aber erst an, als es dem Army Corps of Engeneers (Ingenieurscorps der Armee) eingeglie-

dert und einem General unterstellt wurde. Erst damit standen die notwendigen finanziellen und organisatorischen Kapazitäten für ein so großes Projekt zur Verfügung.

Auf dieser Grundlage wurden die Reaktoren zur Gewinnung des Plutoniums gebaut, aus dem sowohl die am 16. Juli 1945 in der Wüste New Mexicos als erste getestete Atombombe hergestellt wurde als auch die, die am 9. August 1945 Nagasaki zerstörte. Dass die Reaktoren auch Energie freisetzten, war eher lästig, weil deshalb eine aufwändige Kühlung nötig wurde. Nach dem Krieg wurden Reaktoren dieses Typs weltweit sowohl zur Energiegewinnung als auch zur Plutoniumproduktion eingesetzt, z.B. in Sellafield und Tschernobyl. Um das Plutonium abzutrennen, das durch Bestrahlung von Uran im Reaktor entsteht, wurden große chemische Anlagen gebaut, die wir heute als Wiederaufbereitungsanlagen kennen. Parallel zur Plutonium-Bombe wurde die Uran-Bombe entwickelt, die am 6. August 1945 auf Hiroshima abgeworfen wurde. Dazu wurde das aufwändige Gasdiffusionsverfahren zur Urananreicherung entwickelt, das auch heute noch genutzt wird.

Auch in Deutschland wurden Vorarbeiten für die Atombombe durchgeführt. Daran waren namhafte, im „Uranverein“ zusammengeschlossene Physiker ebenso beteiligt wie das Heereswaffenamt und Firmen wie Degussa, IG-Farben und Leybold. Es wurde versucht, einen mit Natur-Uran betriebenen Schwerwasserreaktor zu bauen, einen Typ, der auch heute noch genutzt wird. An der Hamburger Universität wurde die Zentrifugentechnik zur Urananreicherung entwickelt, die heute weltweit die führende Technik ist, in den USA und Russland ebenso genutzt wie in Pakistan und im Iran. In Deutschland wird sie von der Firma Urenco eingesetzt.

Am Ende des Krieges standen also in den USA sämtliche Techniken zur Verfügung, die heute für die Atomenergiegewinnung genutzt werden: Die Reaktortechnik, die Urananreicherung, die erst die heute üblichen Leichtwasserreaktoren ermöglichte, und die Wiederaufarbeitung. Das bedeutet aber auch: Wer die zivile Atomtechnik beherrscht, kann sich auch die Bombe beschaffen! Die Beispiele Israel, Indien und Pakistan belegen das.

## „Atome für den Frieden“

1955 verkündet US-Präsident Eisenhower das Programm „Atoms for Peace“ zur weltweiten Verbreitung der friedlichen Nutzung der Kernenergie und zur Förderung der Exportgeschäfte der Atomindustrie der USA, das natürlich auch als Alibi diente: Die Atomtechnik war nun nicht mehr allein die Technik der Bombe. Zur Unterstützung dieser Politik wurde 1956 die Internationale Atomenergie Organisation (IAEO) als Unterorganisation der UNO gegründet. 1968 wurde ihr auch die Kontrolle der Einhaltung des Kernwaffensperrvertrags übertragen. Damit wird ihr der Spagat zwischen Förderung der zivilen und Verhinderung der Verbreitung der militärischen Nutzung der Atomenergie zugemutet. Das hat die Kernwaffenstaaten aber nie gestört und wird jetzt durch die USA für ihre Machtpolitik gegenüber dem Iran ausgenutzt, wodurch der Sperrvertrag weiter geschwächt wird.

In den 1950er Jahren begann auch die Bundesrepublik mit ihrem Atomprogramm, und der ehrgeizige Franz Josef Strauß wurde Atomminister. Damals wurden die drei wichtigsten Forschungseinrichtungen auf diesem Gebiet gegründet: Das Kernforschungszentrum Karlsruhe, die Kernforschungsanlage Jülich sowie die GKSS (Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt) in Geesthacht bei Hamburg, hinter der bemerkenswerterweise an prominenter Stelle Prof. Dr. Erich Bagge und Dr. Kurt Diebner standen, die sich nie von ihrer Mitarbeit am Atomwaffenprojekt des Heereswaffenamtes der Nazi-Wehrmacht distanziert haben. Dass hinter diesen Aktivitäten nicht nur das Streben nach Teilhabe am Geschäft mit Atomkraftwerken stand, wurde deutlich, als Strauß dann Verteidigungsminister wurde und die Beschaffung eines Jagdbombers, des berüchtigten „Starfighter G“ (für German), für den Atomwaffeneinsatz betrieb. Aus einer eigenen deutschen Atomwaffe wurde aber nichts. Das war den USA wohl doch zu unheimlich.

Bis heute geblieben ist aber die deutsche nukleare Teilhabe an den hier stationierten US-Atombomben mit einem eigenen Einsatzgeschwader der Bundesluftwaffe, und geblieben ist auch die Mitsprache über die Einsatzplanung. Bisher hat noch keine Bundesregierung ernsthaft versucht, damit Schluss zu machen. Geblieben ist auch, dass die Bundesrepublik über die Fähigkeit verfügt, sich schnell Atomwaffen zu beschaffen, verfügt sie doch über den Zugriff auf eine Urananreicherungsanlage, immense Vorräte an Plutonium und allemal über ausreichend Know-how.

Das Letzte aus der Büchse der Pandora der Atomtechnik heißt im US-Militärjargon DU – Depleted Uranium, abgereichertes Uran. Das ist das, was vom Natur-Uran übrig bleibt, wenn man daraus hochangereichertes Uran (HEU = Highly Enriched Uranium) für Atomwaffen oder niedrigangereichertes (LEU = Lowly Enriched Uranium) für Reaktoren gewinnt. Seit den 70er Jahren macht man in den USA daraus Munition, die wegen der hohen Masse des Urans eine große Durchschlagskraft hat. Sie wird benutzt zum Abschießen von Panzern und in bunkerbusters, Bomben zum Knacken von Bunkern. Solche Munition wurde in Jugoslawien, im Irak und in Afghanistan eingesetzt. Ihre Überreste – häufig in Form von lungengängigem Staub – bedrohen dort bis heute die Gesundheit der Bevölkerung, denn Uran ist radioaktiv und ein giftiges Schwermetall.

Wenn zivile und militärische Nutzung der Kernenergie – Atomkraftwerke und Atomwaffen – als Produkte desselben militärisch-zivilen Projektes untrennbar miteinander verknüpft sind, kann die Konsequenz nur heißen: Beide gehören abgeschafft!

*Wolfgang Kirstein ist aktiv im Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.*

Foto: Ellen Davidson

**Und jetzt:** No more Fukushima

# Die militärisch-zivile Plutonium-Sackgasse: MOX

## Die Plutonium-Verarbeitung aus „Mixed Oxide"-Brennelementen

Von Marion Küpker

Plutonium ist weltweit als „das gefährlichste Element überhaupt" bekannt, welches in natürlicher Form fast nicht vorkommt: Auf 140 Milliarden Uranatome soll ein Plutoniumatom kommen. Weltweit wurden allein für den Bau von etwa 70.000 Atombomben ca. 250 Tonnen „militärisches" Plutonium produziert (heute gibt es noch ca. 27.000 funktionsfähige Atomsprengköpfe).

Hinter so genannten nuklearen Abrüstungsabkommen zwischen den USA und Russland über die „Entsorgung von je 34 Tonnen ihres überschüssigen und veralteten Plutoniums der Atomsprengköpfe" verbirgt sich – werbewirksam als Abrüstung getarnt – ihr ungelöstes Entsorgungsproblem, an dem sie noch weiter Geld verdienen wollen. Auch das Plutonium in Atombomben zerfällt und hat daher eine befristete Haltbarkeit, es muss also entweder immer wieder aufwändig und teuer „gereinigt" oder entsorgt werden.

Dazu kommt eine noch größere Menge an „zivilem" Plutonium. Das Labor Spiez, die dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung unterstellte „Fachstelle für den Schutz der Bevölkerung vor atomaren, biologischen und chemischen Bedrohungen und Gefahren" im schweizerischen Spiez, veröffentlichte im Jahr 2002 hierzu: „In zivilen Reaktoren wurden bisher weltweit etwa 1.400 Tonnen erzeugt. Die zivile Plutoniummenge nimmt jedes Jahr um ca. 70 Tonnen zu. Der größte Teil dieses Plutoniums, ca. 1.200 Tonnen, befindet sich noch im hochradioaktiven, abgebrannten Kernbrennstoff. Etwa 225 Tonnen liegen in separierter Form vor. Sie wurden in einem komplizierten chemischen Prozess, in so genannten Wiederaufbereitungsanlagen, von allen anderen Materialien im Brennstab getrennt." Jedes eingesetzte AKW-Brennelement besteht am Ende aus knapp 1 Prozent Plutonium. Und es wird fleißig weiter produziert!

Es geht hier also weltweit um riesige Mengen Plutonium, von dem nur wenige Kilogramm als Spaltstoff für einen nuklearen Sprengsatz ausreichen.

### Geschichtlicher Hintergrund

Der wirtschaftliche Aufschwung ab den 1960er Jahren und die Ölkrise in den 1970er Jahren führten zur Annahme eines weltweiten Anstiegs des Strombedarfs und damit auch zur Angst vor einer zukünftigen Uranverknappung und Verteuerung. Die Wissenschaft setzte auf die Erforschung der „Schnellen Brüter"-Technologie (z.B. im Forschungszentrum GKSS in Geesthacht) und die Entwicklung von MOX-Brennstäben (Mixed Oxide): „Dieser Reaktortyp (Schneller Brüter) produziert Energie auf der Basis der Spaltung von Plutoniumkernen, ist aber gleichzeitig so konfiguriert, dass auch Plutonium für den weiteren Betrieb des Reaktors ‚erbrütet' wird ... Eine weitere Idee ist, in den Leichtwasserreaktoren einen Teil des Urans durch Plutonium zu ersetzen" (Labor Spiez).

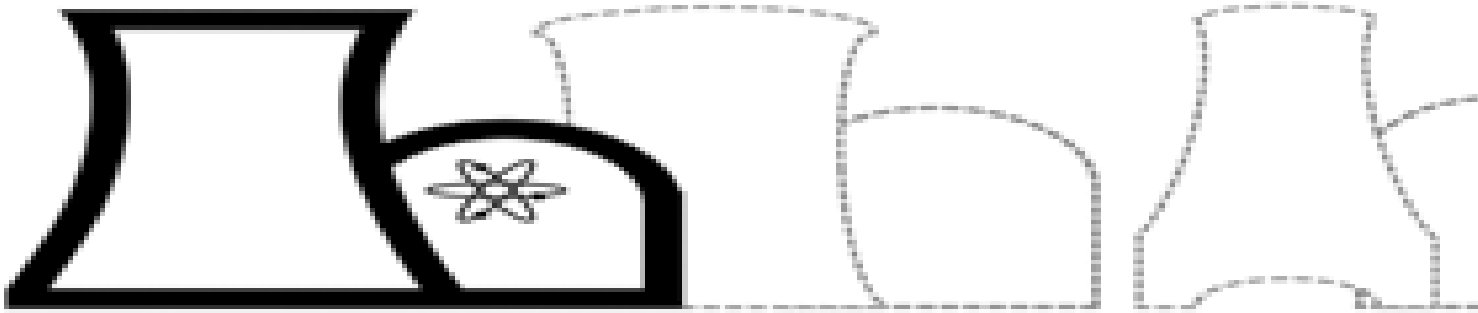
Das war weltweit der Start – in der BRD in 11 AKWs – für den Austausch von maximal einem Drittel der Brennstäbe der AKWs durch so genannte MOX-Brennelemente. Aus diesen scheinbar zivilen Gründen und nicht ausschließlich zur Herstellung von Waffenplutonium wurden Wiederaufbereitungsanlagen gebaut (Marcoule 1958 und La Hague 1966 in Frankreich, West Valley 1966 in den USA und das nach einem schweren Unfall in Sellafield umbenannte Windscale 1969 in England) und – laut dem Labor Spiez – langfristige Verträge zur Separation von Plutonium aus abgebrannten Brennelementen abgeschlossen. Weltweit wurden jedoch viel weniger AKWs gebaut als noch vor einigen Jahrzehnten angenommen wurde, und auch die leicht abbaubaren Uranvorkommen erwiesen sich als größer als erwartet.

Unter diesen Umständen und nach zahlreichen schwerwiegenden Zwischenfällen und den enormen Kosten (für die Firmen wie Siemens staatliche Subventionen in Milliardenhöhe erhielten) war der „Schnelle Brüter" nicht wirtschaftlich, weshalb in den USA und Westeuropa diese Technologie beendet wurde (in der BRD wurde der deutsch-belgisch-niederländische Schnelle Brüter KNK-II in Karlsruhe 1991 abgeschaltet, und Kalkar ging nie in Betrieb). Russland betreibt einen Brutreaktor in Belojarsk ohne Sicherheitsbehälter und baut dort einen weiteren, während China, Japan und Indien (Test)-Reaktoren betreiben und China auch einen weiteren plant.

Allerdings wurde trotz der Beendigung der Schnelle-Brüter-Technologie in Deutschland seit über einem Jahrzehnt weiter Plutonium aus den Brennstäben separiert, da die langfristig angelegten Verträge zwischen den AKWs und so genannten Wiederaufbereitungsanlagen in Frankreich und Großbritannien eingehalten werden „mussten". Auch werden MOX-Brennstäbe aus Frankreich und Großbritannien geliefert, da Siemens 1995 die zu 95 Prozent fertig gestellte MOX-Brennelementefabrik Hanau nach politischen Querelen im Genehmigungsverfahren aufgeben musste. Glücklicherweise verzögern aktuell die großen Proteste am AKW Grohnde die Transportgenehmigung zumindest für die aus Sellafield kommenden MOX-Brennstäbe.

### Probleme bei der „sicheren Entsorgung"

Für die „Entsorgung" des „militärischen" Plutoniums muss in der öffentlichen Diskussion meist das Bedrohungsszenario „Sicherheitsproblem durch Zugriff von Terroristen..." herhalten. Der Zugriff auf das Plutonium soll durch die Weiterverarbeitung in MOX-Brennstoffen „unzugänglich" für den schnellen Bau einer



Atombombe werden, da hierfür die technischen Rückgewinnungsverfahren sehr aufwändig sind.

Plutonium ist zwar extrem radioaktiv, die Alphapartikel strahlen aber nur wenige Millimeter weit und schützen daher nicht ausreichend vor unberechtigtem Zugriff. Demgegenüber soll bei Inhalation bereits eine Menge von einigen Mikrogramm (1 Million Mikrogramm = 1 Gramm) zur sicheren Entstehung von Krebs ausreichen. So ist es gerade die Praxis der Verbreitung durch die Weiterverwendung von Plutonium in MOX-Brennelementen, die vor allem in und um die Anlagen ArbeiterInnen und Bevölkerung unsichtbaren, staatlich konzessionierten Angriffen auf die Gesundheit aussetzt. Beim Einsatz der MOX-Brennelemente in AKWs wären die Folgen eines schweren Unfalls noch wesentlich schlimmer, auch die radioaktiven Emissionen von Plutonium im Normalbetrieb sind für alle noch gefährlicher als es bereits bei „normalen“ Uran-Brennstäben der Fall ist. Die vielen Transporte und der Umgang an vielen Orten schaffen vielfältige Abzweigungsmöglichkeiten für Waffenzwecke.

Auch kommt das „zivile“ Plutonium zum Einsatz: Laut dem Labor Spiez werden in Frankreich 65 bis 75 Prozent der abgebrannten Brennelemente wiederaufbereitet, und der größte Teil des Plutoniums wird in 20 Reaktoren in Form von MOX eingesetzt. Eine vom französischen Premierminister in Auftrag gegebene Studie zeige, dass die Plutoniummenge im Abfall der 58 französischen Druckwasserreaktoren durch „vermoxen“ nur um ca. 15 bis 17 Prozent reduziert wird.

Trotz der Gefahren wird die MOX-Methode weltweit bevorzugt: Die G8-Länder unterstützen unter deutscher Beteiligung den Aufbau der MOX-Technologie auch in Russland und China. Sie erhoffen sich durch den Verkauf von AKWs weltweit, in denen diese MOX-Brennelemente eingesetzt werden sollen, riesige Profite.

Dabei hieße eine bessere Option „Immobilisierung“: Das Plutonium würde von anderen hochradioaktiven Stoffen umgeben oder gemischt und in keramisches Material eingebettet werden. So würden diese tödlichen gammastrahlenden hochradioaktiven Stoffe den „unberechtigtem Zugriff“ auf das Plutonium enorm erschweren. Egal ob immobilisiert oder als MOX, das Problem geeignete Endlager zu finden, besteht weiter. Und auch bei der Immobilisierung geht es nur um teure Zwischenlagerungen, von denen die Atomindustrie aber weniger profitieren kann.

## Europäische Interessen

Framatome,der französische Hersteller nukleartechnischer Anlagen entschied im Jahr 2000, mit Siemens, das Joint Venture Areva NP einzugehen, um bessere Chancen auf dem weltweiten Nuklearmarkt zu haben. Seit Jahren gab es kein Neubauprojekt auf dem Heimatmarkt. Mit einer großangelegten Werbekampagne verschafft sich Areva NP eine gute Position bei der Vergabe von AKW-Neubauprojekten in zirka 30 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, indem die Atomenergie als die Zukunft für die Rettung des Klimas angepriesen wird. Der Atomwaffensperrvertrag, der auch die zivile Atomnutzung fördern soll, bietet hierfür ein Forum. Aber auch die anderen Atommächte mischen fleißig mit, wie aus den Zeitungsmeldungen aus den letzten Monaten deutlich wird *(siehe Kasten)*.

*Marion Küpker ist die Internationale Koordinatorin der DFG-VK für Atom- und Uranwaffen.*

**Belgische Unterstützung für chinesische Mox-Anlage** *(vom 12.10.2010)*
Die China National Nuclear Corporation (CNNC) plant, mit belgischer Hilfe eine Pilotanlage zur Herstellung von Mox-Brennstoff zu errichten. Ein entsprechendes Rahmenabkommen ist am 6. Oktober 2010 unterzeichnet worden. Es legt die Bedingungen für den Bau einer Pilotanlage zur Herstellung von Uran-Plutonium-Mischoxid-Kernbrennstoff (Mox) in China und dessen Nutzung in chinesischen Kernkraftwerken fest. Laut Pressemitteilung kann die Vereinbarung „innerhalb relativ kurzer Zeit“ zu einem kommerziellen Abkommen einschließlich Technologietransfer und technischer Unterstützung von Seiten der belgischen Partner führen.

**Nuklearkomplex Sellafield wird modernisiert** *(vom 26.07.2010)*
Im britischen Nuklearkomplex Sellafield soll in der Anlage zur Herstellung von Uran-Plutonium-Mischoxid-Brennelementen (Mox) – der Sellafield Mox Plant (SMP) – eine neue Fertigungslinie gebaut werden Die französische Areva ist für die Auslegung, Lieferung und Installation der neuen Brennstab-Fertigungslinie für die SMP verpflichtet worden. Ein entsprechender Vertrag wurde am 1. Juli 2010 unterzeichnet... Ausschlaggebend für die Modernisierung der SMP ist ein bereits im Mai 2010 unterzeichneter Vertrag mit zehn japanischen Unternehmen, die ihren bestrahlten Brennstoff in Sellafield zu Mox verarbeiten lassen wollen.

**Wiederaufarbeitungsvereinbarung zwischen den USA und Indien** (vom *05.08.2010)*
Die USA und Indien haben am 30. Juli 2010 ein Abkommen unterzeichnet, das es Indien erlauben wird, auftragsgebundenes amerikanisches Nuklearmaterial wiederaufzuarbeiten. Die dafür vorgesehene neue indische Wiederaufarbeitungsanlage unterliegt der Kontrolle der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO).

**Japan setzt weiter auf Kernenergie** *(vom 29.03.2010)*
„Schneller Brüter“ soll wieder ans Netz gehen/Inbetriebnahme von Wiederaufbereitungsanlage für Herbst 2010 anvisiert
Japan will die Kernkraft als „sauberen“ Energieträger weiter ausbauen. Herkömmliche Leichtwasserreaktoren stehen im Mittelpunkt; daneben sollen auch „schnelle Brüter“ entwickelt werden. Ziel ist ein integrierter Brennstoffkreislauf, der auch eine Wiederaufbereitungsanlage umfasst. Mischoxid-Brennstäbe sollen in den kommenden Jahren in etwa einem Drittel der Reaktoren verwendet werden. Ungelöst ist die Endlagerung von radioaktivem Müll. Japans Elektroindustrie bemüht sich auch aktiv um ausländische Kernkraftprojekte. Japan sieht mit Genugtuung auf die „Renaissance“ der Nukleartechnik, die gegenwärtig an zahlreichen Orten zu beobachten ist. Bis Rokkasho betriebsbereit ist, muss Japan ausländische Anlagen für die Wiederaufbereitung abgebrannter Brennstäbe nutzen. Das MOX, das in Japan seit November 2009 erstmals auch in einem herkömmlichen Leichtwasserreaktor (Genkai-3 in Kyushu) zum Einsatz kommt, wurde in Frankreich hergestellt... Die internationale Konkurrenz ist stark, sodass Hitachi-GE einem südkoreanischen Konsortium im Wettbewerb um den Zuschlag für ein Kernkraftwerk in Abu Dhabi unterlag. Als ein Grund wird die starke Rivalität in Japans Nuklearwirtschaft unter anderem zwischen Toshiba, Hitachi und Mitsubishi Heavy Industries genannt, weshalb ein staatliches Gemeinschaftsunternehmen gegründet werden soll.

# Neue Chancen, neue Ansatzpunkte

## Die AKW-Stilllegung kann gelingen, wenn genügend Menschen dafür auf die Straße gehen

Von Jochen Stay

Die Geschichte der Protestbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland ist davon geprägt, dass vor einer umstrittenen Entscheidung zwar große Demonstrationen stattfinden, viele Menschen aber nicht mehr auf die Straße gehen, wenn Regierung und Parlament trotz der Proteste hart bleiben. Das war beispielsweise so bei der Bewegung gegen die Notstandsgesetze in den 1960er Jahren, bei den Protesten gegen die Stationierung neuer Atomraketen in den 1980er Jahren, bei den Montagsdemonstrationen gegen die Einführung von Hartz IV im Jahr 2004.

Doch in den letzten Monaten hat sich etwas verändert, und für diese ermutigenden Veränderungen stehen zwei Ortsnamen: Stuttgart und Gorleben

Ein beliebtes Argument der baden-württembergischen Landesregierung, um den Protest gegen das Immobilienprojekt „Stuttgart 21“ zu diskreditieren, war die Feststellung, es sei doch schließlich alles bereits entschieden. Was denn die Leute überhaupt noch wollten. Der Protest käme zu spät. Aber siehe da: Den empörten BürgerInnen in Stuttgart ist das herzlich egal. Sie hatten zwar die Entscheidung nicht verhindern können, tun jetzt aber alles dafür, um die Umsetzung dieser Entscheidung zu stoppen.

Ähnliches war in Gorleben zu beobachten: Obwohl der Bundestag die Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke beschlossen hatte, kamen so viele Menschen wie niemals zuvor zu den Protesten und den Widerstands-Aktionen gegen den Castor-Transport im November. Auch hier ist das klare Ziel der Bewegung, die Umsetzung des Parlamentsbeschlusses zu verhindern.

Doch wie kann das praktisch aussehen? Schließlich ist es denkbar unwahrscheinlich, dass die Bundesregierung vor der nächsten Wahl im Jahr 2013 das jetzt beschlossene Atomgesetz nochmals aufschnürt. Gibt es also überhaupt eine Chance, mit weiterem Protest etwas zu erreichen?

Dazu ist es sinnvoll, sich einmal anzusehen, was die Anti-AKW-Bewegung im letzten Jahr erreicht hat, auch wenn es nicht gelungen ist, die Laufzeitverlängerungen zu verhindern: Durch die Einführung der Brennelementesteuer und die Verpflichtung der AKW-Betreiber, ihre Alt-Meiler sicherheitstechnisch nachzurüsten – wenn auch nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre – sind eine ganze Reihe von Reaktoren an den Rand der Wirtschaftlichkeit geraten. Zumindest für die besonders alten Kraftwerke Isar 1, Neckarwestheim 1, Philippsburg 1, Biblis A und B, Brunsbüttel und Krümmel wird in den Konzernzentralen mit spitzem Bleistift gerechnet, und es ist noch längst nicht absehbar, dass diese AKWs wirklich weiterbetrieben werden – Laufzeitverlängerung hin oder her.

Entscheidend ist hier das Verhalten der Atomaufsicht in den Bundesländern. Denn die ist es, die konkrete Sicherheitsauflagen erteilen kann – oder eben auch nicht. Je mehr die Unsicherheit der Kraftwerke also öffentliches Thema ist, je mehr Menschen an den AKW-Standorten demonstrieren, umso stärker ist der Druck auf die entsprechenden Landesregierungen.

Besonders spannend für AtomkraftgegnerInnen ist die Situation in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg: Im Norden sind die Reaktoren in Brunsbüttel und Krümmel seit dreieinhalb Jahren vom Netz. Betreiber Vattenfall hatte angekündigt, Krümmel im Januar wieder in Betrieb zu nehmen. Die designierte neue Chefin des Kraftwerks fiel aber durch einen Sicherheits-Test. Sie hat es in einer Simulation in der Übungswarte des AKWs nicht geschafft, den Reaktor in einen sicheren Zustand zu bringen. 30 bis 60 Minuten waren die Zeit, die sie hätte einhalten müssen, um die Prüfung zu bestehen. Nach zwei Stunden vergeblichen Mühens wurde die Simulation abgebrochen.

Jetzt steht Krümmel ohne Betriebsleitung da, die Betreiber sind durch die .ausgestrahlt-Kampagne „Tschüss Vattenfall“ massiv unter Druck und verhandeln deshalb mit dem Miteigentümer Eon, ob dieser die Betriebsführung in den beiden umstrittenen AKWs übernehmen kann. Das wird sich aber bis zum Sommer hinziehen. So ist wertvolle Zeit gewonnen, um weiteren Protest im Norden zu organisieren.

In Baden-Württemberg sind am 27. März Landtagswahlen. Der Ausgang ist denkbar offen. Das Land ist zukünftig Eigentümer des AKW-Betreibers EnBW und kann auch darüber Einfluss nehmen. Klar ist aber auch: Selbst wenn es zu einer rot-grünen Landesregierung kommen sollte, führt dies nicht automatisch zur Stilllegung von Reaktoren – bestes Beispiel sind dafür die elf Jahre Rot-Grün in Hessen, die das AKW Biblis schadlos überstanden hat. Auch hier wird sich also nur etwas bewegen, wenn wir uns bewegen und auf die Straße gehen.

Ein weiterer Faktor: Weil die durch die Laufzeitverlängerungen zu erwartenden Gewinne zum größten Teil erst in einigen Jahren anfallen, Steuer und Nachrüstungskosten aber bereits kurzfristig, ist das finanzielle Risiko für die AKW-Betreiber immens. Kappt eine zukünftige Bundesregierung die Laufzeiten wieder, ist das Ganze ein Minusgeschäft. Umso besser es der Anti-AKW-Bewegung also gelingt, die Debatte um die Atomkraft weiter zu verschärfen, steigt die Unsicherheit bei den Stromkonzernen, ob sich Nachrüstungen wirklich noch rentieren. Genau diese Problematik hat dazu geführt, dass die Aktien von Eon und RWE im Jahr 2010 trotz Laufzeitverlängerung die Schlusslichter im Deutschen Aktien-Index waren, mit Kursverlusten bis zu 20 Prozent.

Unsere Chancen stehen also gar nicht schlecht.

*Jochen Stay ist Umwelt-, Friedens- und Ant-Atom-Aktivist und ist zurzeit engagiert in dem Bündnis „.ausgestrahlt“.*

25 Jahre Tschernobyl – Ostermontag, 25. April: **15 Demonstrationen bundesweit.** Am 26.4.1986 explodierte das AKW Tschernobyl. Hunderttausende starben oder leiden bis heute an schweren Erkrankungen, der radioaktive Fallout des Super-GAUs kontaminierte ganz Europa. Am Ostermontag wird es bundesweit 15 große Demonstrationen geben: an den 12 AKW-Standorten sowie beim geplanten Atommülllager Schacht Konrad in Salzgitter, beim Zwischenlager Lubmin und bei der Urananreicherungsanlage in Gronau. Unsere gemeinsame Forderung: Atomkraftwerke endlich abschalten! Mehr Informationen unter *www.tschernobyl25.de* und bei *www.ausgestrahlt.de*

**Internationaler Kongress** „Zeitbombe Atomenergie – Atomausstieg jetzt!“, organisiert von der IPPNW. Berlin, 8.-10. April *www.tschernobylkongress.de*

**Montagsspaziergänge:** Montags raus gegen Atomkraft – das gilt inzwischen in mehr als 60 Städten. Es gibt Mahnwachen, Spaziergänge und Atomalarme, auf dem Marktplatz, vor den Toren eines AKWs oder bei der örtlichen Parteizentrale von CDU/CSU/FDP. Mitmachen oder selbst eine Aktion in Deiner Stadt ins Leben rufen! Tipp, Tricks und Materialien dazu auf *www.ausgestrahlt.de/mitmachen/montagsspaziergang*

# Antimilitaristisches Camp in Schweden

## Internationales Aktionstreffen vom 22. bis 29. Juli

Von Marion Küpker

Das schwedische Netzwerk Ofog lädt im kommenden Sommer zu einem internationalen Aktionscamp ein. Während wir hier in Deutschland den Bombenabwurfplatz „Bombodrom“ erfolgreich verhindern konnten, finden Nato-Militärübungen bereits in Nordschweden auf Europas größtem Testgelände, dem North European Aerospace Testrange (Neat), statt. Zwischen den Städten Lulea und Kiruna, auf dem Land der indigenen Sami und der Rentiere, bedeckt Neat zirka 24.000 Quadratkilometer. Kampfflugzeuge haben hier die Möglichkeit, 350 Kilometer in eine Richtung zu fliegen. Auch im Sommer 2010 nutzte die US-Luftwaffe das Gebiet für Bombenabwurf-Übungen. 2009 unternahm die Nato Response Force ihr größtes europäisches NATO-Luftmanöver: Lufteinheiten aus Finnland, Italien, Norwegen, Polen, Portugal, Großbritannien, Türkei, Deutschland und den USA nahmen neben Schweden daran teil.

Obwohl Schweden kein Nato-Mitglied ist, werden hier gemeinsame Manöver abgehalten und neue Waffen getestet. Die neuen Drohnen, die für das Töten von Zivilisten in Afghanistan, Pakistan und Palästina bekannt wurden, werden auch hier getestet – allein 1.813 Todesfälle unter der pakistanischen Bevölkerung *(siehe www.pakistanbody-count.com und den Beitrag von Ulrich Finckh auf Seite 22 in diesem Heft)*. Die heutige hochentwickelte Technologie wird „gebraucht“, um den Schaden am Boden zu vergrößern, während das Risiko des Angreifers minimiert werden soll. Ofog will mit seiner Kampagne nun aufzeigen, wie Waffenkonflikte, die weit weg stattfinden, tatsächlich mit Schweden eng verbunden sind – einem Land, das fälschlicherweise in der Weltöffentlichkeit für Frieden und Neutralität steht. Das internationale Camp wird ein Höhepunkt dieser Kampagne, von dem aus gewaltfreie direkte Aktionen stattfinden werden, um diese Übungen zu stoppen und die Kriegsvorbereitungen zu stören. Vedesactie aus Belgien, Trident Ploughshare aus Großbritannien, alternativa antimilitarista aus Spanien sind einige der europäischen Gruppen, die nach Schweden zu diesem internationalen Camp mobilisieren. Von Deutschland aus wollen sich Aktive der DFG-VK daran beteiligen und rufen andere zum Mitkommen auf. Das europäische Netzwerk gewaltfreier Aktionsgruppen gegen Nato- und EU-Militarisierung wird im Rahmen des EU-Projektes Europe for Peace Workshops anbieten. In knapp zwei Wochen können wir viel miteinander lernen, Aktionen planen (auch solche, bei denen keine Festnahme riskiert wird) und die Mitternachtssonne und mögliche Polarlichter genießen.

### Wofür das Ofog-Netzwerk steht

■ „Ofog“ kann mit Unfug oder Unrecht übersetzt werden, es ist aber auch ein Wortspiel: „Foga“ bedeutet als Verb im Schwedischen konform- oder gehorsam-sein, aber es verdreht sich mit einem „O“ davor ins Gegenteil. „Foga“ bedeutet auch, beschlossene Dinge in eine unveränderbare Form zu verbinden, welches eine Anspielung auf ihre Funktion als flexibles, dynamisches Netzwerk ist.

■ Mit dem Kampagnennamen „Ofog – für eine Welt ohne Atomwaffen“ nahm Ofog an den britischen Abrüstungscamps in Faslane, Coulport, Aldermaston, Menwith Hill, sowie in Belgien an den Aktionen am Shape (Supreme Headquarters Allied Powers Europe – Nato-Einrichtung) und der Atomwaffenbasis Kleine Brogel teil. Mit Lobbyarbeit und gewaltfreien Aktionen übt Ofog Druck auf die Atomwaffenstaaten aus, sich an das Völkerrecht zu halten und ihre Atomwaffen abzuschaffen.

■ Ofog öffnete seine Aktivitäten einem breiteren Spektrum: „Wir haben uns auch der Kriegsindustrie, den schwedischen Waffenexporten, der Nato und der Militarisierung des Weltraums angenommen und vertiefen unsere Kooperation mit Friedensgruppen anderer Länder.“ Daher nennt sich Ofog heute „Ofog – für eine nuklearfreie und demilitarisierte Welt“.

■ Es gab im letzten diesem Jahr Diskussionen über Ethik im Zusammenhang mit Aktionen gegen Electronic Defense Systems', welches ein schwedischer Waffenkonzern ist, der zu Saab gehört und seinen Hauptsitz in Göteborg hat. „Krieg beginnt nicht in Afghanistan oder im Irak – er startet hier in Göteborg, wo die Produktion der Kriegsmaterialien beginnt“, benennt Ofog auf seiner Webseite *www.ofog.org*. Und: „Waffen werden für den Kriegsgebrauch gemacht, wodurch Menschen tatsächlich zu Tode kommen.“ Electronic Defense Systems' produziert hauptsächlich verschiedene Radarsysteme für Kriegseinsätze. Diese wurden z.B. an Pakistan und Kolumbien verkauft.

Das internationale antimilitaristische Camp findet vom 22. bis 29. Juli in Nord-Schweden statt. Nähere Informationen auf der DFG-VK-Internetseite unter *www.dfg-vk.de/aktuelles/aktionen/2011/582*. Wer an einer Teilnahme und Mitfahrgelegenheit Interesse hat, melde sich per eMail *schwedencamp@dfg-vk.de*

■ 2008 rüsteten Ofog-Aktivisten 14 Panzerabwehrraketen der Saab Bofors Dynamics Waffenfabrik in Eskilstuna ab. Die zwei AktivistInnen Anna Andersson und Martin Smedjeback wurden in erster Instanz zu vier Monaten Gefängnis und einem Schadensersatz von ca. 15.000 Euro verurteilt (Berufung ist eingelegt).

■ Ofog hat jetzt auch als Gruppe die Aufnahme in die WRI beantragt.

■ Während des Europäischen Sozialforums in Malmö 2008 organisierte Ofog mit hunderten von TeilnehmerInnen eine Aktion vor dem Waffenkonzern Aimpoint, wo die Rotpunkt-Zielvisiere, die hauptsächlich für den Export an die U.S.-Armee seit der Invasion in den Irak (2003) produziert wurden. Während der Aktion kletterten sechs AktivistInnen mit einem Transparent mit der Aufschrift „No to War“ über den Zaun. Vier der sechs AktivistInnen hatten bereits ihr Verfahren wegen Hausfriedensbruch. Aimport klagt zusätzlich auf Entschädigung von 50.000 Euro u.a. für den entgangenen Profit durch die Schließung der Fabrik am Aktionstag.

■ Saab AB ist ein schwedischer Luftfahrt- und Rüstungskonzern, sozusagen das schwedische Pendant zu EADS, welches u.a. die Kampfflugzeuge AJ 37 Viggen (Jagdbomber), SF 37 Viggen (Aufklärer), SH 37 Viggen (Seeüberwachung), JA 37 Viggen (Abfangjäger) herstellt.

■ Auch der „Taurus“ (Marschflugkörper), die modernste Abstandswaffe der Welt, wurde im Jahre 2005 von dem deutsch-schwedischen Konzern Taurus Systems GmbH (EADS-Lenkflugkörpersysteme und Saab Bofors Dynamics) entwickelt, und u.a. 600 Stück für Deutschland produziert (sind in der Eifel auf dem Fliegerhorst Büchel stationiert).

*Marion Küpker ist die Internationale Koordinatorin der DFG-VK für Atom- und Uranwaffen. (Der Text wurde von Kai-Uwe Dosch und Monty Schädel ergänzt.)*

# Der Lügenbaron und seine Bande

## Anmerkungen zum Fall Guttenberg, der Christenunion, Moral und Krieg

Von Stefan Philipp

Die ganze „Causa Guttenberg“ ist eine ziemlich widerliche Geschichte von Lüge, Betrug, moralischer Verkommenheit, politischer Macht und mafiaähnlicher Ganovenehre. Immerhin einen positiven Aspekt gibt es bei der ganzen Angelegenheit: Die Wehrpflicht ist weg – und ob das ohne Karl Guttenberg, mindestens so schnell, gekommen wäre, ist sehr zweifelhaft.

Menschenrechtlich ist das Ende der Wehrpflicht ein großer Freiheitsgewinn (auch wenn das die Normalität sein sollte; übrigens auch verfassungsrechtlich, schließlich garantiert Artikel 12 Grundgesetz die freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl und verbietet Zwangsarbeit). Ob sie dabei lediglich ausgesetzt oder auch als Option aus der Verfassung gestrichen wird, mag für Dogmatiker eine Rolle spielen, praktische Relevanz hat das nicht. Bei Vorlaufzeiten von 10 Jahren für eine Wiedereinführung wäre das dann eine Frage der gesellschaftlichen Durchsetzbarkeit und nicht der Rechtslage.

In der Wehrpflichtfrage kann man Guttenberg jedenfalls dankbar sein. Wahrscheinlich hätte es kein anderer geschafft, diesen „Wesenskern konservativer Identität“ so handstreichartig über Bord zu werfen. Allerdings hat der abgestürzte CSU-Star die Wehrpflicht natürlich nicht deswegen gekippt, weil es ihm darum gegangen wäre, eine verbrecherische Zwangsverpflichtung abzuschaffen. Der Aussetzungsbeschluss folgt der Logik effizienten Kriegführens, dem weiteren Umbau der Bundeswehr zur „Armee im Einsatz“, zur besseren Kriegstauglichkeit. Dabei war die Wehrpflicht hinderlich, weil sie Finanzen und Kapazitäten militärisch nutzlos gebunden hat.

Wer Guttenberg nach seinem Rücktritt nun also zwar wegen seines Umgangs mit dem erschwindelten Doktortitel kritisiert, ihn aber für sein Verhalten als Kriegsminister lobt und meint, da sei ihm nichts vorzuwerfen, der tritt genau für diese effizientere Kriegsführung ein.

Apropos Kriegsminister: Ihm wird zugute gehalten, dass er diese verdruckste Sprachregelung vom „nichtinternationalen bewaffneten Konflikt“ und ähnlichen verschleiernden und albernen Begrifflichkeiten beendet und von Krieg gesprochen hat. Für uns war das nichts Neues, als Pazifisten haben wir das nie anders gesehen. Es spricht aber für die Verlogenheit der politischen Klasse, jahrelang die Wahrheit beschönigt zu haben und nun Guttenberg für seinen „Mut“ zu loben. Wenn aber Deutschland Krieg führt, dann ist der „Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt“ auch ein Kriegsminister, der Begriff Verteidigungsminister reine Vertuschung. Das gilt natürlich jetzt auch für den netten Herrn Maiziere (bei dem man sich das Adelsbrimborium genauso sparen kann, auch wenn es französisch daherkommt).

Ein weiteres Schlaglicht auf den Zustand der politischen Klasse – und hier speziell den konservativen Teil – wirft der Umgang mit Guttenbergs Betrügerei. Dass er selber seinen Doktortitel durch Lüge, Betrug, systematisches Abschreiben, plagiieren, geistigen Diebstahl erschlichen hat und das bis heute bestreitet und lediglich „Fehler“ einräumt, ist ja vielleicht nur sein eigenes Charakterproblem. Vielleicht liegt das auch daran, dass seine Herkunft in Verbindung mit seiner Sozialisation als Gebirgsjäger und Stabsunteroffizier der Reserve für Ehrlichkeit nicht gerade förderlich war – tarnen und täuschen sind ja wesentliche militärische Fertigkeiten.

**Dokumentiertes Unrechtsbewusstsein:** alte und aktualisierte Homepage

Je offensichtlicher und unbestreitbarer der Betrug wurde, desto absurder, dabei aber entlarvender wurden die Treueschwüre der Christenunion. Plötzlich spielte dort „Solidarität“ eine Rolle. Dieser Begriff, der ja aus der Arbeitsbewegung stammt, meint die menschliche Verbundenheit und den Zusammenhalt gegen Unterdrückung und ungerechte Verhältnisse. Als ob Guttenberg ein Opfer war, dem unberechtigt etwas vorgeworfen wurde und dem man deshalb beistehen müsse. Aus dem Täter wurde das Opfer, was darin gipfelte, dass Enoch Guttenberg auf einer Kundgebung von „Menschenjagd“ sprach und sagte: „Dieser Geifer und Jagdrausch der politischen Gegner macht Angst um das Verbleiben der Mitmenschlichkeit in unserem Land.“ Wer, wie fast alle CDU- und alle CSU-Politiker jede Kritik an Guttenberg abschmetterte und sein Verhalten rechtfertigte und entschuldigte, der verhält sich nicht solidarisch, sondern nach „der Mafiadevise, dass man ‚Freunden‘ unter allen Umständen hilft“, egal, was sie getan haben, wie es der frühere Vorsitzende der Zentralstelle KDV Ulrich Finckh in

### Weg mit dem Adelsbrimborium: Karl Guttenberg

Der Doktor-Titel ist zwar nun weg, was es etwas einfacher macht, den Ex-Minister namentlich benennen. Aber nur ein bisschen. Wie heißt der gefallene CSU-Star eigentlich richtig? Auf seiner privaten Homepage *www.zuguttenberg.de* findet man den Namen „Karl-Theodor zu Guttenberg“, auf der Bundestags-Homepage in der Namenliste der Abgeordneten taucht er als „Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg“ (mit dem Vermerk „Ausgeschieden“) auf, die Internetseite der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kennt ihn als „Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg“, was der Wahrheit wohl ziemlich nahe kommen dürfte. Allerdings wird er in der „genealogischen Datenbank für den höheren Adel in Europa“ als „Karl Theodor“, also ohne Bindestrich, und mit weiteren acht Vornamen geführt. Da auch sein Vater Enoch unter seinen insgesamt 14 Vornamen die beiden „Karl“ und „Theodor“ führt, und weil sein Großvater, der frühere Parlamentarische Staatssekretär im Bundeskanzleramt von 1967 bis 1969, „Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg“ hieß, kann man wohl davon ausgehen, dass das auch der korrekte Name seines Enkels ist. Er verwendet ihn aber selber gar nicht in dieser Form. Außerdem sind Adelsbezeichnungen seit der Gründung der ersten deutschen Republik 1919 durch Artikel 109 der Weimarer Reichsverfassung abgeschafft und gelten nur als Teil des Namens. Man sollte sich also das ganze Adelsbrimborium sparen und den Mann einfach Karl Guttenberg nennen (und vielleicht auch – weil ihm das wichtig zu sein scheint – Karl Theodor Guttenberg).

seinem Artikel „Lug und Trug und Ehrenworte“ in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Forum Pazifismus“ formulierte. Immerhin Lammert und Schavan haben das nicht mitgemacht.

Bemerkenswert auch der Hinweis darauf, Guttenberg habe sich „entschuldigt“. Um das Absurde solcher Art von Entschuldigung zu verdeutlichen, der Vergleich mit einem Bereich, den Guttenberg auch als „Halbjurist“ (er hat sein Studium nach dem ersten juristischen Staatsexamen beendet) gut kennen müsste: Im Strafrecht, mit dem er ja nun zu tun bekommt, ist es so, dass der Staat Verstöße gegen Normen vor Gericht anklagt, weil das Recht gebrochen und der Rechtsfrieden gestört wird. Ist der Angeklagte der Tat überführt, kann er nur bestraft werden, wenn er schuldhaft gehandelt hat. Die Strafe, die den Rechtsfrieden wieder herstellen soll, muss dann tat- und schuldangemessen sein. Ein Geständnis und tätige Reue wirken sich bei der Strafzumessung positiv aus. Der Täter kann sich jedenfalls nicht selbst von seiner Schuld freimachen, sich „entschuldigen“.

Im normalen Leben, zumal im bürgerlichen, ist es so, dass man um Entschuldigung *bitten* kann. Die wird umso eher gewährt, wenn der Übeltäter einsieht, dass er sich falsch verhalten, sich schuldig gemacht hat, und Reue zeigt. Zu glauben, es sei mit einem „Entschuldigung“ getan, war und ist nur eine weiteres Zeichen der Guttenbergschen Arroganz.

*Stefan Philipp ist Chefredakteur der* **ZivilCourage**.

# Der Westen und die arabischen Revolutionen

Von Tobias Pflüger

Die Aufstände in arabischen Ländern haben manche überrascht, darunter auch so manche westliche Regierung wie die der Bundesrepublik. Seit Jahren hatte und hat die deutsche Regierung die besten Beziehungen zu den verschiedenen arabischen Herrschern, egal wie brutal und undemokratisch diese herschten oder herrschen.

Für Deutschland – wie für die anderen EU-Ländern sowie die USA und Israel – waren und sind die despotischen arabischen Herrscher die Garanten für „Stabilität“ in der Region. Jahrelang wurden und werden bis heute diese autoritären arabischen Despoten gestützt gegen eine vermeintliche „islamistische“ Gefahr. Davon profitierten Mubarak in Ägypten, Ben Ali in Tunesien und davon profitieren bis heute alle anderen arabischen Herrscher von Marokko über Bahrain und Saudi-Arabien bis Dschibuti (das übrigens einen Bundeswehr-Stützpunkt hat). Dafür wurden und werden Wahlergebnisse von Wahlen wie denjenigen in Algerien oder in Palästina dann einfach nicht anerkannt.

Aber vor allem wurde diesen undemokratischen arabischen Regimes „geholfen“ von westlichen Regierungen und Industriekonzernen, nicht nur mit Waffenhilfe, also Rüstungsexporten, sondern auch mit Ausbildungs- und Ausstattungshilfe. Bei der Bundeswehr wurden und werden Soldaten der verschiedenen arabischen Staaten ausgebildet. Die Polizei und den Präsidenten untergeordnete Milizen, die z.B. in Ägypten und Tunesien diejenigen waren, die zum Teil noch viel brutaler gegen DemonstrantInnen vorgingen als die Armee, waren nicht selten ausgebildet worden mit Hilfe westlicher Staaten – darunter auch Deutschland. Ich konnte mir in Vicenza in Italien selbst ein Bild davon machen wie die EU, EU-Staaten und die G8 Polizisten, Militärs und Milizen nicht nur aus den arabischen Ländern ausgebildet haben, explizit auch in Aufstandsbekämpfung. Aus westlichen Staaten stammen somit nicht selten denn auch Waffen und sonstige Ausrüstung der Polizei, Armee und Miliz, die in den meisten arabischen Ländern noch die Macht der despotischen Herrscher absichern. Bei Reisen in diese arabischen Länder im Rahmen meines damaligen Mandats im Europäischen Parlament konnte ich das selbst wiederholt in Augenschein nehmen.

Es ist endlich an der Zeit, dass Deutschland – wie die anderen EU-Staaten und die USA, Israel, Russland und China – diese Ausbildungs- und Ausstattungshilfe für autoritäre Regime endlich stoppen; das gilt nicht nur für die arabischen Länder, sondern auch für afrikanische und lateinamerikanische Länder.

## „Flüchtlingsabwehr zum Schutz des Westens“

Die Despoten der arabischen Länder sind noch aus einem weiteren Grund enge Freunde der westlichen Regierungen. Sie haben die Drecksarbeit gemacht bei der Absicherung der Europäischen Union gegen Flüchtlinge, durch Errichtung von Lagern mit EU-Geldern in ihren Ländern und „frühzeitiges“ Abfangen der Flüchtlinge an der Mittelmeerküste, bevor sie in die Arme von Frontex geraten. Die Genfer Füchtlingskonvention wurde hier völlig aus Kraft gesetzt. Das Bild von Berlusconi und Gaddafi bei der Unterzeichnung von Vereinbarungen gegen Flüchtlinge ist nur das ekelhafte Sinnbild für diese mörderische EU-Flüchtlingspolitik mit den arabischen Despoten.

Und jetzt marschiert der Westen wieder ein in den arabischen Ländern. Vorerst offensichtlich nicht militärisch – wobei ein solcher militärischer Einmarsch in Libyen real droht –, nein, es wird mit wirtschaftlicher und politischer Hilfe „einmarschiert“. Westerwelle und Niebel geben Millionenbeträge frei, um z.B. Parteienaufbau nach westlichen Vorbild in Tunesien und Ägypten zu fördern. Damit gestaltet sich der Westen die aufkeimenden Demokratien in diesen Ländern nach seinem Geschmack.

Diese „Demokratiehilfe“ des Westens ist gefährlich. Damit werden in den Revolutionsbewegungen der einzelnen Ländern diejenigen gefördert, die prowestlich sind, und diejenigen z.B. in Tunesien und Ägypten, die eine eher unabhängige, ja sogar linke Politik machen wollen, schon rein finanziell an den Rand gedrängt. Die Europäische Union ist sehr raffiniert in dieser „Demokratiehilfe“, sie hat dazu einige umfangreich ausgestatte Finanzierungsinstrumente wie das Nachbarschafts- oder das Stabilitätsinstrument. Es werden Milliarden Euro in die arabischen Länder fließen, um sie möglichst pro-westlich und kapitalfreundlich zu halten. Dann kann auch weiterhin Ausbildungs- und Ausstattungshilfe fließen.

Das Horrorszenario für die westlichen Regierungen sind säkulare, unabhängige, sozial orientierte, linke und dem Westen gegenüber kritische Entwicklungen in den arabischen Ländern. Wir sollten hierzulande öffentlich machen, was in diesen arabischen Revolutionen auch in diesem Bereich vorhanden oder am Entstehen ist, auch damit die arabischen Revolutionen nicht vom Westen gestohlen werden.

*Tobias Pflüger ist seit Jahren in der DFG-VK aktiv, ist Mitinitiator der Informationsstelle Militarisierung (IMI), war Mitglied des Europäischen Parlaments und des Rats der War Resisters' International (WRI) und ist seit dem letzten Jahr Mitglied im Parteivorstand Die Linke.*

# Gefährdete Freiheiten

## Nach den Revolution in Tunesien und Ägypten

Von Claudia Haydt

**Das ist ein Sieg für die Menschen und für die Revolution". Mit dieser für ihn eher untypischen Begeisterung begrüßte der Sprecher der tunesischen kommunistischen Arbeiterpartei Hamma Hammami Anfang März die Nachricht, dass eine zentrale Forderung der Protestierenden erfüllt wurde. Am 24. Juli wird in allgemeinen Wahlen eine verfassungsgebende Versammlung gewählt werden.**

**Im Vergleich zur Flucht des früheren Präsidenten Ben Ali im Januar klingt dies auf den ersten Blick weniger spektakulär. Für Tunesien beginnt damit jedoch definitiv ein neues Kapitel seiner Geschichte. Für viele ist der erfolgreiche Kampf des Winters 2010/2011 für eine selbstbestimmte Zukunft ein ähnlich wichtiger Schritt wie das Ende der Kolonialzeit. Worin besteht des Neue, warum konnte der Protest so erfolgreich sein und wo lauern die größten Gefahren für den Umbruch?**

Es war und ist ein zähes Ringen, aber spätestens seit Ben Ali von Tunesien nach Saudi-Arabien fliehen musste, ist klar, dass die Protestierenden in Tunesien nicht nur irgendein politischer Faktor sind, irgendeine diffuse „Zivilgesellschaft", sondern ein selbstbewusster politischer Akteur. Sie erkämpften eine Regierungsumbildung nach der anderen, bis nun seit dem 7. März wirklich alle wesentlichen Reste des alten Regimes aus der Regierung verschwunden sind. Gleichzeitig wurde auch die politische Polizei in Tunesien aufgelöst, zusammen mit der gesamten Abteilung für Staatssicherheit.

Diese Polizei war der eigentliche Machtapparat des alten Regimes. Tunesien war keine Militärdiktatur, sondern eine Polizeidiktatur, die zehntausende Menschen aus politischen Gründen verhaftete, die folterte und einschüchterte. Doch dies scheint endgültig vorbei, die eigentliche Macht liegt, wenigstens für die nähere Zukunft, auf den Straßen Tunesiens. Die Menschen beobachten sehr genau die politische Entwicklung und gehen für alles, was als „Verrat an der Revolution" verstanden wird, auf die Straße.

### Wirkungsvolle Verknüpfung von politischer und sozialer Frage

Die tunesische Revolution begann in der Provinz, im armen und unterentwickelten Landesinneren. Ein armer Gemüsehändler in Sidi Bouzid ertrug es nicht mehr, täglich mühsam um das Überleben seiner Familie zu kämpfen, Schmiergelder für seinen Gemüsewagen zahlen zu müssen und dabei auch noch gedemütigt zu werden. Er zündete sich an. Der Schock und die Wut über diese Selbstverbrennung sprang über, erst auf andere Städte im Landesinneren, dann auf die Hauptstadt und schlussendlich auf zahlreiche andere arabische Staaten.

Auch wenn die Ursachen für die Revolten in den verschiedene Teilen Tunesiens und auch in den einzelnen arabischen Staaten unterschiedlich sind, so gibt es doch gemeinsame Wurzeln: steigende Lebensmittelpreise, soziale Ungerechtigkeit, wachsende Armut und Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit der jüngeren Generationen, Mangel an Demokratie, Unterdrückung der Opposition, Kleptokratie der Herrschenden sowie Korruption. Der weitgehende Ausschluss der Bevölkerung aus den politischen Entscheidungsprozessen gekoppelt damit, dass es immer mehr Menschen zunehmend unmöglich ist, für sich und ihre Familien eine ökonomische Zukunft aufzubauen, wurde und wird als „Raub der Würde" interpretiert. Entsprechend große Erwartungen gibt es nun für demokratische Partizipation und soziale Gerechtigkeit.

Wesentliche Träger des Protestes in Tunesien waren die Gewerkschaften – jedoch nicht deren Führung, die war eingebunden in Ben Alis Regime. Die Gewerkschaftsführer mussten bei Reden des Präsidenten zusammen mit den Führern der legalen Oppositionsparteien in der ersten Reihe sitzen, um vor laufenden Kameras zu applaudieren, und sie mussten vor Wahlen mit ihrer Unterschrift die jeweilige Wiederkandidatur von Ben Ali für das Präsidentenamt „begrüßen".

Der Druck kam aus der Basis der Gewerkschaft, aus den Betrieben genauso wie aus den Krankenhäusern oder von den Anwaltsgewerkschaften. Die Basis hat ihre Führung im wahrsten Sinne des Wortes vor sich hergetrieben. Sie war dabei übrigens so erfolgreich, dass drei der vier Gewerkschaftsfunktionäre, die versuchten, in der ersten Übergangsregierung einen Ministerposten zu ergattern, diesen auf Druck ihrer Basis innerhalb weniger Stunden wieder verlassen mussten. Der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, um höhere Löhne und die Verbesserung der sozialen Situation ist genauso wie der Kampf um politische Selbstbestimmung noch längst nicht abgeschlossen. Beides ist eng miteinander verbunden, und jede zukünftige Regierung muss Antworten auf die sozialen Problemlagen finden.

### Entlarvung der Kollaboration des Westens mit diktatorischen Regimen

Weder die Diktatur in Tunesien noch die in Ägypten oder in zahlreichen anderen arabischen Staaten hätte ohne die tatkräftige Unterstützung des Westens funktioniert. Sowohl in arabischen als auch in den europäischen Medien wurde deswegen in den letzten Wochen zunehmend das große Ausmaß der Kollaboration des Westens mit den Diktatoren in der Region thematisiert.

Rüstungsexporte, militärische und polizeiliche Ausstattungs- und Ausbildungshilfe sowie Geheimdienstkooperation haben Diktatoren stabilisiert, trugen und tragen zur Unterdrückung der eigenen Bevölkerung bei. So kommt etwa Equipment zum Stören von Sendefrequenzen „Made in Germany" in Libyen zum Einsatz. Zusammen mit problematischer Wirtschafts- und Geheimdienstkooperation sind die Fakten zwar nicht wirklich neu, es gibt aber nun endlich eine mediale Aufmerksamkeit für diese Thematik. Westliche Staaten haben besonders im so genannten „Krieg gegen den Terror" eng mit Tunesien und Ägypten zusammengearbeitet und kooperierten beim Foltern von Terrorverdächtigen, die zum Teil von westlichen (vor allem US-amerikanischen) Geheimdiensten eigens in diese Länder verschleppt wurden.

Die Kollaboration beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Verfolgung mutmaßlicher Terroristen, sondern auch auf die Flüchtlingspolitik. Die Europäische Union hatte in den letzten Jahren mit nahezu jeder Diktatur in der Region Rückführungsabkommen abgeschlossen, hatte militärische Ausrüstung zum Kampf gegen diese Flüchtlinge geliefert und be-

wusst ignoriert, dass Flüchtlinge in den Lagern einiger nordafrikanischen Staaten vergewaltigt und misshandelt wurden. Die EU hatte die Drecksarbeit für die Abschottung der „Festung Europa“ gerne nach außen delegiert und sich dies auch einiges kosten lassen. Nun nutzen täglich Menschen die Chance, aus Tunesien oder anderen nordafrikanischen Ländern Richtung Europa zu fliehen, und Europa ist keineswegs glücklich über diese „neuen Freiheiten“. Anstatt solidarisch die wenigen tausend Flüchtlinge auf EU-Staaten zu verteilen – die Dimensionen sind ja weit geringer als die z.B. die Flüchtlingsbewegungen nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs – wird bewusst vor allem auf Lampedusa eine humanitäre Katastrophe herbeigeführt, um Flüchtlinge abzuschrecken und Akzeptanz für noch aggressivere Flüchtlingspolitik zu schaffen.

Dass bei entsprechendem politischen Willen wesentlich größere Zahlen von Flüchtlingen transportiert werden können, zeigte Ägypten, das Anfang März innerhalb weniger Tage 60.000 Menschen vom tunesisch-libyschen Grenzgebiet nach Ägypten ausflog.

Die europäische Grenzschutzagentur Frontex versucht, die Chance zu nutzen, um erweiterte exekutive Befugnisse zu bekommen, damit – solange bis die Abschottung der Flüchtlinge wieder an Dritte delegiert werden kann – die EU selbst die aggressive Abschottungspolitik fortsetzen kann.

## Wem gehört das Mittelmeer?

Die Wechselwirkung zwischen den Entwicklungen in den verschiedenen arabischen Staaten konnte eine staunende Weltöffentlichkeit in den letzten Monaten beobachten. „Die arabische Straße“ als politische Gemeinschaft jenseits von Nationalstaaten, als eigenständiger Faktor, darüber wurde auch in der Vergangenheit immer wieder spekuliert, doch nun führt diese neue arabische Öffentlichkeit, die vor allem eine „Al Jazeera Öffentlichkeit“ ist, tatsächlich zu dramatischen politischen Veränderungen.

Sowohl in den Staaten, in denen die Diktatoren bereits gestürzt wurden (Tunesien, Ägypten) als dort, wo die Kämpfe noch andauern (Bahrain, Libyen, Jemen etc.) oder wo vorläufig nicht mit einem Umsturz zur rechnen ist (Syrien, Marokko etc.), können die (neuen) Regierungen nicht weiterhin Politik gegen große Teile der Bevölkerung machen. Dies gilt sowohl für die Innen- als auch für die Außenpolitik der Länder. Neben den Erwartungen der Bevölkerung an demokratische Rechte und soziale Gerechtigkeit erwarten die Menschen auch eine anderen Außenpolitik ihrer Staaten.

Beinahe jeder erzählte mir während meines Aufenthalts im Februar in Tunesien, dass sich nun auch die Beziehungen seines Landes und der anderen arabischen Staaten zu Israel, aber auch gegenüber den USA und der EU ändern müsse. Die konkreten Forderungen kann jeder aufzählen: eine Ende der Besatzung, ein gerechter Frieden für die PalästinserInnen und ein Ende der aggressiven Kriegspolitik. Niemand stellt sich als Weg dorthin irgendwelche kriegerischen Auseinandersetzung vor, doch das Bedürfnis, die eigene Außenpolitik an „Gerechtigkeit“ zu orientieren, ist überwältigend, und es bleibt zu hoffen, dass sowohl die westlichen Regierungen als auch die Führung Israels diese Stimmung respektieren und ihre Politik entsprechend ändern.

Was sich geostrategisch im Bereich des Mittelmeers zur Zeit abzeichnet, ist ein machtpolitischer Umbruch, der kaum überschätzt werden kann. Die Nato und die EU verlieren die Kontrolle über diesen Raum – oder müssen zumindest befürchten, sie zu verlieren. Die Nato hatte über den so genannten Mittelmeer-Dialog (die regionale Variante der Partnerschaft für den Frieden) und die EU über diverse Partnerschafts- und Assoziierungsabkommen das Mittelmeer fest unter ihrer Kontrolle. Nun könnte sich dies ändern, spätestens wenn nach demokratischen Wahlen tatsächlich eine eigenständige Außenpolitik in diesen Ländern beginnt.

Allein diese Möglichkeit ist für Nato und EU so bedrohlich, dass sie zurzeit alles versuchen, um diesen Prozess einer autonomen Entwicklung Nordafrikas irgendwie zu kontrollieren.

## Keine militärische und keine ökonomische Intervention!

Einerseits wird zur Zeit jeder Vorwand genutzt, um eine militärische Präsenz der Nato in Nordafrika (neu) zu etablieren. Die Bundeswehr transportiert mit Kriegsschiffen Flüchtlinge, führt bewaffnete Evakuierungsmaßnahmen durch, britische und US-amerikanische Spezialeinheiten versuchen, Einfluss in Libyen zu bekommen, und aus humanitären Gründen soll nun eine Flugverbotszone eingerichtet und durchgesetzt werden. Die Europäische Union, die USA und Deutschland – alle versuchen zurzeit beinahe in einem Wettlauf miteinander, auch auf die zivile politische Entwicklung in Tunesien und Ägypten Einfluss zu nehmen. Stiftungen werden eingerichtet, Parteien gefördert und Medien „geschult“. Mit solchen Hilfen zur „Demokratisierung“ hofft der Westen, die neuen Eliten auf seine Seite zu ziehen. Daneben sind Tunesien und Ägypten abhängig von internationalen Krediten, die wahrscheinlich sehr bald an Bedingungen (z.B. verstärkte Marktöffnung) gekoppelt sein werden.

Es ist also damit zu rechnen, dass der Westen auf verschiedenen Eben versuchen wird, den Freiraum, den sich die Menschen erobert haben, wieder einzuschränken. Genau hier liegt die Aufgabe einer kritischen internationalen Öffentlichkeit.

Die Bevölkerungen in Tunesien und Ägypten haben einen hohen Preis dafür gezahlt, ihre Diktatoren loszuwerden, sie haben gezeigt, dass sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können. Sie brauchen keine „Demokratisierung“ von außen. Aber sie brauchen unsere Solidarität, damit „der Sieg der Revolution“ und damit die Hoffnungen der Menschen nicht durch militärischen oder ökonomischen Druck unserer Regierungen wieder zunichte gemacht werden.

*Claudia Haydt ist DFG-VK-Mitglied und im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.*

# Gegen die Kriegsdienstpflicht in Ägypten

## Maikel Nabil Sanad – Der erste ägyptische Kriegsdienstverweigerer

Von Lotta Viktualia

Maikel Nabil Sanad hatte am 20. Oktober 2010 erklärt: „Ich habe sehr viel darüber nachgedacht. Meine Entscheidung ist, dass ich die Ableistung des Militärdienstes verweigern werde. Ich werde die Konsequenzen tragen, was auch immer das bedeutet, obwohl ich weiß, dass die Konsequenzen Leid bedeuten, weil ich der erste ägyptische Jugendliche bin, der den Militärdienst aus pazifistischer Überzeugung verweigert. (...) Meine Worte bedeuten aber nicht, dass ich ein Militärdienstentzieher bin. Ich verweigere, ich entziehe mich nicht. Ich lebe unter der Adresse, die in meinem Ausweis steht und der Rekrutierungsbehörde und dem Militär bekannt ist. Sie steht auch in meinem Schreiben an den Verteidigungsminister, den Premierminister, den Präsidenten beider Parlamente und den Präsidenten der Republik. Ich verstecke mich nicht irgendwo, so dass mich die ägyptische Polizei verhaften könnte. Ich bin bereit dazu, mich der Justiz auszuliefern, wenn ich darüber informiert werde, dass ich gesucht werde."

Entsprechend seiner Erklärung folgte Maikel Nabil Sanad im Oktober 2010 nicht der Einberufung zum Militärdienst. Am 12. November wurde er vom Geheimdienst verhaftet, zum Militär gebracht, für untauglich erklärt und nach zwei Tagen wieder freigelassen. Kurz darauf erhielt er seine offiziellen Entlassungspapiere.

### Begegnung in Kairo

Am 4. Januar 2011 trafen wir, eine Minidelegation der DFG-VK Hessen, mit Maikel am Flughafen von Kairo zusammen. Nach zwei Wochen Rundreise durch Ägypten auf den Spuren der Vergangenheit war dieser Gegenwartsbezug eine willkommene Ergänzung, kurz nach den Anschlägen auf eine große koptische Kirche in Alexandria. Vorher hatten wir Gelegenheit, mit den ägyptischen Reiseleitern über die politische Situation im Land zu sprechen, von den Anschlägen erfuhren wir am ersten Januar in Luxor, und das Entsetzen war auch bei unseren Begleitern zu spüren. Wir erfuhren vieles über die soziale und ökonomische Ungleichheit im Land, die Armut, Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit mit dem Regime. Viele Ägypter waren geschockt, da das Nebeneinander verschiedener Religionen von der Mehrheit nicht als problematisch angesehen wird.

Als wir mit Maikel in seiner Kairoer Junggesellenwohnung diskutierten, war ich positiv überrascht von seiner derzeitigen Analyse, also noch, bevor es dort richtig los ging.

Er war überzeugt, dass etwas passieren müsse, dass es nicht nur um diesen einen Anschlag gehe, sondern um die Rechte und die Freiheit im Land; es gäbe keine Demokratie und es sei das erste Mal seit zwei Jahren, dass die Polizei wieder auf DemonstrantInnen schießen würde. Nach dem Bombenanschlag gingen viele Menschen auf die Straßen: in Kairo, Assiut und Mansura, um einige Städte zu nennen. Das war neu auch für die koptischen ChristInnen, die zuvor ausschließlich innerhalb der Kirche protestiert hatten. Der Papst der Kopten bekannte sich zu Mubarak.

Es zeichnete sich hier schon ab, dass der Protest ein übergreifender sein würde. Es gehe nicht um Religionen, sondern darum, demokratische Strukturen zu entwickeln. Immerhin braucht mensch die Erlaubnis des Staates, um politisch aktiv sein zu dürfen, eine so genannte „party licence", ohne die politische Aktionen strafbar sind.

Maikel vertrat die Ansicht, dass die Regierung das Problem sei und die Religionsgemeinschaften gegeneinander hetzt, um von sich abzulenken; das Mubarak-Regime habe ausgedient.

Im Hinblick auf seine Kriegsdienstverweigerung äußerte ich meine Überraschung, dass er nach zwei Tagen Arrest als freie zivile Person von der Armee entlassen wurde. Wir erklärten uns diese Reaktion mit der Vermeidung irgendwelchen Aufsehens kurz vor den Wahlen. Es hätte vielleicht Nachahmer gegeben, wenn Maikel als kriminalisierter Kriegsdienstverweigerer Aufmerksamkeit und Solidarität erfahren hätte.

### Ägyptische Gruppe gegen Zwangsmilitärdienst

Er ist nicht der einzige antimilitaristisch Aktive in Ägypten, sondern Teil einer Gruppe gegen Zwangsmilitärdienst, „No For Compulsory Military Service´ Movement", bestehend aus etwa 30 Personen. Mit den War Resisters' International (WRI) arbeitet er eng zusammen und ist interessiert an internationalen Kontakten. Insbesondere sei es wichtig, Erfahrungen in Demonstrationstechniken weiterzugeben (das war vor den Massendemonstrationen in Ägypten; inzwischen dürften es die ägyptischen Erfahrungen sein, von denen andere lernen können). Sie suchen ohne ideologische Vorbedingung die Zusammenarbeit mit Gruppen.

Maikel ist gegen jeden Nationalismus und lehnt die in der arabischen Welt weit verbreitete Feindseligkeit gegen Israel ab. Israel schätzt er als modernen liberalen Staat. Er spricht sich gegen antisemitische Bestrebungen aus, die das Existenzrecht Israels verneinen, hat Freunde in Israel, arbeitet mit KriegsgegnerInnen in Israel zusammen, lernt selbst Hebräisch und bietet auf seiner Homepage Texte nicht nur in Arabisch und Englisch, sondern auch auf Hebräisch an.

**Weitere und ausführlichere Informationen zu Maikel Nabil Sanad im Internet:**
www.maikelnabil.com
www.dfg-vk-hessen.de
www.connection-ev.de
http://de.indymedia.org/2011/02/299718.shtml

### Die „Volksnähe" des Militärs

Als kurz nach unserem Besuch der zivile gewaltfreie Aufstand gegen Mubarak begann, war Maikel Nabil Sanad dabei.

Am 4. Februar wurde er von der Militärpolizei festgenommen. WRI und DFG-VK forderten sofort zu Protestschreiben auf und machten bei der Ägypten-Demonstration in Frankfurt auf die Festnahme aufmerksam. Nach 29 Stunden kam Maikel wieder frei: Er schrieb unmittelbar nach seiner Freilassung: „Liebe Freunde, der Geheimdienst ließ mich heute Morgen um sieben Uhr frei. Sie schlugen mich, misshandelten mich sexuell und drohten mir mit einem Militärstrafverfahren. Sie drängten mich, in die Armee zu gehen, stahlen meinen Pass und mein Mobiltelefon. Es waren die schlimmsten Tage meines Lebens. Ich denke, sie taten es, um sich an mir wegen meiner Kriegsdienstverweigerung zu rächen. Ich werde einige Tage brauchen, um mich von diesen schrecklichen Erfahrungen zu erholen..." (Mail vom 5. Februar)

Einige Tage später ergänzte er: „Als ich davor über meine frühere Verhaftung

schrieb, habe ich diese als gewaltfreien Kampf zwischen mir und dem Regime betrachtet. Aber diesmal schreibe ich auf eine andere Art, weil dies das erste Mal ist, dass ich mich als Opfer fühle, und das erste Mal, dass ich derart stark beleidigt wurde. Ich schreibe diesmal nicht, um Revanche zu nehmen, aber um die Menschen wissen zu lassen, was ihnen bevorsteht, wenn diese Revolution fehlschlägt. Unsere Revolution schützt uns davor, dass derartige Aktionen gegen mich und alle von Euch wiederholt werden. (...) Der Geheimdienstbeamte kam und schlug mir ins Gesicht. Und was mich wirklich deprimiert hat: Leute vom Volkskomitee halfen der Armee, mich festzunehmen, weil sie dachten, die Armee sei auf unserer Seite."

Diese pro-militärische Einstellung teilen viele ÄgypterInnen, wie wir auch bei der Ägypten-Demonstration am 5. Februar in Frankfurt am Main hören konnten. So war ein Argument gegen die Solidarität mit Maikel, dass das Militär die einzige demokratische Organisation sei, in der die Menschen Gleichberechtigung erführen, und die größte Gefahr sei die Zersetzung der Armee. Verräter sollten bekämpft werden.

Sechs Jahrzehnte militaristische und nationalistische Indoktrination gehen offensichtlich nicht spurlos an den Menschen vorbei. Auch westliche Medien verbreiten das Märchen des schützenden und volksnahen Militärs, nur weil es nicht gleich geschossen hat. Was diese Volksnähe bedeutet, konnte Maikel Nabil Sanad am eigenen Leib spüren.

Einer der Geheimdienstoffiziere erklärte ihm, dass sie in drei Stufen vorgingen. Bei der ersten Festnahme im November hätten sie ihn gut behandelt. Jetzt habe er die zweite Stufe erlebt. Wie brutal nach den Schlägen und Misshandlungen bei der zweiten Festnahme die dritte Stufe aussehen würde, erläuterte der Geheimdienstmann nicht.

Nach dem Abgang Mubaraks hat in Ägypten das Militär die Macht übernommen. Ausgerechnet Kriegsminister Tantawi führt nun den Staat. Maikel zeigt sich auf seiner Homepage darüber besorgt, dass die Militaristen die Macht an Islamisten und arabische Nationalisten übergeben: „Wir machten diese Revolution für Demokratie, nicht für Faschisten. Nieder mit den Militaristen!"

Maikel und die ägyptischen PazifistInnen und AntimilitaristInnen sind gerade dann, wenn das Militär herrscht, besonders gefährdet. Sie benötigen weiterhin transnationale Solidarität.

*„Lotta Viktualia" ist eine Frankfurter DFG-VK-Aktive, die im Hinblick auf potenzielle Arbeitgeber anonym bleiben will.*

# Dictators' best friend

## Deutsche Waffenhilfe für die Diktatoren in Ägypten, Libyen und Saudi-Arabien

Von Jürgen Grässlin

Das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Außenwirtschaftsgesetz setzen einen engen Handlungsrahmen für deutsche Waffentransfers. In den „Politischen Grundsätzen zum Rüstungsexport" der Bundesregierung spielt die Menschenrechtsklausel eine gewichtige Rolle. Tatsächlich kritisieren Regierungsvertreter Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea oder dem Iran vehement. Beide Staaten stehen, wie 21 weitere, auf der vom Bundesausfuhramt publizierten Embargoliste vom 4. März.

Und auch die Diktatoren in Ägypten und Libyen mussten sich in den vergangenen Wochen massive Kritik seitens der Kanzlerin und ihres Außenministers gefallen lassen. Guido Westerwelle wetterte wortgewaltig gegen das Regime Mubarak: „Der Weg zur Stabilität führt über die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte".

Diese Medaille aber besitzt zwei Seiten: die der menschenrechtsorientierten Verbalpolitik und die der interessengesteuerten Realpolitik. So wurden und werden weiterhin dem Westen wohl gesonnene Scheindemokraten und Diktatoren mit Waffenlieferungen belohnt, vor allem dann, wenn sie uns wirtschaftspolitisch oder militärpolitisch nahestehen. Die Profite der deutschen Rüstungsindustrie – allen voran der European Aeronautic Defence and Space Company N.V. (EADS) mit dem maßgeblichen Anteilseigner Daimler AG – und der Heckler & Koch GmbH stiegen in den vergangenen Jahren deutlich an.

Moralische Hemmnisse existieren in derlei Fällen nicht. Wie doppelbödig und damit heuchlerisch die deutsche Regierungspolitik ist, zeigt der folgende Beitrag am Beispiel der Jahre währenden Rüstungstransfers in die Diktaturen Ägypten, Libyen und Saudi-Arabien.

### Tatort Ägypten

Seit dem Jahr 1981 ist in Ägypten die Notstandsgesetzgebung in Kraft, Menschenrechte werden massiv verletzt, wie amnesty international (ai) noch im letzten Jahr und wiederholt feststellte. In ihrem Rüs- tungsexportbericht 2009 stufte die „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung" (GKKE) Ägypten als „problematisches" Empfängerland ein. Laut diesem Bericht der beiden großen christlichen Kirchen sei die dortige Menschenrechtssituation „sehr schlecht", die Gefahr der Unverträglichkeit von Rüstung und Entwicklung „groß".

Drei Jahrzehnte konnte sich das Regime in Kairo an der Macht halten, getragen von der Waffengewalt staatlicher Sicherheitskräfte, die schwerste Menschenrechtsverletzungen verübten. ÄgypterInnen, die in den vergangenen Wochen ihren Protest gegen die Mubarak-Diktatur öffentlich artikulierten, riskierten ihr Leben. Denn gerade die ägyptische Polizei schoss scharf, hunderte von Menschen kamen ums Leben.

Ägyptens Hauptwaffenlieferant waren und sind die USA. Zudem verfügten Sicherheitskräfte über ein reichhaltiges Waffenarsenal – auch aus deutschen Landen. Innerhalb eines Jahres wurde der Genehmigungswert für den Export von Waffen und Rüstungsgütern seitens der Bundesregierung von 33,6 Millionen (2008) auf 77,5 Millionen Euro (2009) mehr als verdoppelt. Geliefert wurden militärische Landfahrzeuge, gepanzerte Fahrzeuge, Teile für Panzer und Kommunikationsausrüstung. Paul Russmann, Sprecher der Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben, wies Ende Januar darauf hin, dass „Ägypten mittlerweile sogar das bedeutendste Empfängerland in der Liste der aus Deutschland belieferten Entwicklungsländer" ist.

Aufgrund der hohen Opferzahlen sind gerade Einzelgenehmigungen für so genannte „Kleinwaffen" besonders folgenschwer. Zu ihnen zählen laut Definition der Vereinten Nationen Waffen, die von einer oder zwei Personen getragen werden, beispielsweise Maschinenpistolen, Schnellfeuer- und Maschinengewehre oder Mörser geringeren Kalibers. Dank deutscher Waffentransfers verfügte die

für ihre rücksichtslose Vorgehensweise bekannte ägyptische Polizei über Maschinenpistolen des Typs MP5, entwickelt von Heckler & Koch in Oberndorf. Allein im Jahr 2009 hat die Bundesregierung den Export weiterer 884 Maschinenpistolen und Bestandteile im Wert von 866.037 Euro an die Machthaber in Kairo genehmigt, wie sich aus dem entsprechenden Regierungsbericht ergibt.

## Tatort Libyen

„Die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit blieben stark eingeschränkt", stellte ai zur Menschenrechtssituation in Libyen 2009 fest. Menschen, die verdächtigt wurden, „sich illegal im Land aufzuhalten, wurden festgenommen und misshandelt". Hunderte von Fällen des Verschwindenlassens sowie weiterer schwer wiegender Menschenrechtsverletzungen vergangener Jahrzehnte „wurden weiterhin nicht aufgeklärt". An der Todesstrafe wurde festgehalten, mindestens vier Männer wurden 2009 hingerichtet – die tatsächlich erfolgte Zahl von Hinrichtungen dürfte laut ai höher liegen. Anwendung findet die Todesstrafe „für eine große Anzahl von Vergehen", zu denen auch „die friedliche Ausübung der Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit" zählten.

Libyens Hauptwaffenlieferant war und ist Russland. Allerdings zählte auch Deutschland zu den Geschäftspartnern des diktatorischen Gaddafi-Regimes.

Bereits im Jahr nach der Aufhebung des Waffenembargos von 2004 genehmigte den Export militärischer Geländewagen. In den Folgejahren erteilte die jeweilige Bundesregierung die Genehmigungen zum Transfer von Hubschraubern und -teilen, Kommunikationsausrüstung, Splitterschutzanzügen und Störsendern nach Libyen. Leider sind diese Störsender optimal dazu geeignet, die Kommunikation der Widerstandsbewegung per Handy, Twitter oder Facebook zu unterbinden und sind damit äußerst effizient in den Händen des Regimes.

Der weltweit größte Hersteller militärischer Hubschrauber ist das EADS-Tochterunternehmen Eurocopter. In Ulm produziert die EADS Militärelektronik und Radare, in verschiedenen Werken Bayerns Kampfhubschrauber. Bekanntlich zählen diese zu den Waffensystemen, mit denen Militärs die eigene Bevölkerung massiv unterdrücken können.

In der libyschen Hauptstadt Tripolis, unterhält die EADS eigens eine Repräsentanz (Telefon: +218 21 335-1026, Telefax: -1275). Bereits im August 2007 bestätigte die EADS auf ihrer Homepage, dass Verhandlungen für einen Vertrag über die Lieferung des Panzerabwehrsystems „Milan" durch MBDA „heute nach 18-monatiger Diskussions- und Verhandlungsdauer abgeschlossen" worden seien. Bei der MBDA handelt es sich um ein Rüstungsunternehmen, bei dem die EADS und BAE Systems mit je 37,5 Prozent die führenden Anteilseigner stellen. Damals stand nach Firmenangaben auch der „Vertrag über die Lieferung eines sicheren Tetra-Kommunikationssystems kurz vor dem Abschluss".

Um eine imageschädigende Diskussion in Deutschland zu vermeiden, sollte der Export der Panzerabwehrraketen „Milan" – geschätzter Wert dieses Waffendeals: 168 Millionen Euro – seitens der EADS-Tochter MBDA über Frankreich erfolgen. Desgleichen sollte der Deal der EADS-Kommunikationssysteme für 128 Millionen Euro über den Vertragspartner Frankreich abgewickelt werden. Geschickt gemacht, denn das vermeintliche Saubermann-Image konnte die EADS hierzulande wahren.

Von 2008 auf 2009 verdreizehnfachte die Bundesregierung das Genehmigungsvolumen deutscher Waffentransfers auf 53 Millionen Euro. Wenn die Demokratiebewegung vor allem in Tripolis und anderen Städten unterdrückt wird und Menschen zu Abertausenden aus Libyen fliehen müssen, dann trifft auch die Verantwortlichen in Berlin Mitschuld.

Die Frage, inwiefern von Deutschland aus auch illegal Waffen an das Regime Gaddafi geliefert worden sind, ist offen. Anfang März tauchte ein erster Kurzfilm auf der Internet-Plattform YouTube auf, der augenscheinlich den Einsatz von G36-Gewehren in den Händen der Familie Gaddafi belegt *(www.youtube.com/watch?v=I1psGPM7Upk)*. Die Sturmgewehre, entwickelt von Europas „tödlichstem" Unternehmen Heckler & Koch, zählen zu den treffsichersten Waffen weltweit. Ihre Fertigung erfolgt in Oberndorf und in Santa Bárbara Sistemas (Spanien) – und alsbald auch in Saudi-Arabien.

Schon heute ist ihr Einsatz in mehr als 25 Staaten nachweisbar. Vieles spricht dafür, dass die Gewehrlieferungen nicht immer auf legalem Wege erfolgen. Das Auftauchen offenbar illegal gelieferter G36 in Georgien, in vier mexikanischen Unruheprovinzen und aktuell in Libyen muss seitens der Bundesregierung aufgeklärt werden. Sie muss klarstellen, ob sie Heckler & Koch oder dem Lizenznehmer Santa Bárbara Sistemas eine G36-Ausfuhrgenehmigung für Libyen erteilt hat. Falls nicht, muss sie der Öffentlichkeit mitteilen, über welche widerrechtlichen Kanäle die Sturmgewehre in die Konfliktregion Libyen gelangt sind und welche strafrechtlichen Schritte sie gegen den oder die Verantwortlichen eingeleitet hat.

Auch an die Adresse der Münchener Staatsanwaltschaft sind Fragen zu richten: Aus welchem Grund wurde das Verfahren gegen Saif Gaddafi, zweitältester Sohn des Diktators, trotz offensichtlichen Waffenhandels Anfang dieses Jahres eingestellt? Handelt es sich bei dem in dem YouTube-Video gezeigten G36-Gewehr um die Waffe, die nach Paris und dann möglicherweise nach Libyen geschmuggelt wurde? *(siehe dazu den Artikel „Kuschte deutsche Justiz vor Ghadhafi?" im „Tagesanzeiger" vom 7. Februar 2011)*

## Tatort Saudi-Arabien

König Abdullah Bin 'Abdul 'Aziz al-Saud regiert in Saudi-Arabien seit 2005 mit harter Hand. Als Premierminister und militärischer Oberbefehlshaber in Person lässt der König keine Opposition zu. „Die Behörden unterdrückten weiterhin das Recht auf freie Meinungsäußerung und andere Grundrechte", bilanziert ai im Jahresreport 2010. Tausende Personen, festgenommen „aus Sicherheitsgründen", befinden sich in Haft, darunter gewaltlose politische Gefangene. Die Haftbedingungen sind katastrophal: Misshandlungen und Folter werden systematisch angewandt. Frauen leiden „weiterhin unter schwerer Diskriminierung". Die Todesstrafe gilt, mindestens 69 Menschen wurden im Jahr 2009 hingerichtet – darunter selbst Jugendliche. Dem am 14. Januar aus Tunesien geflohenen Diktator Ben Ali gewährt König Abdullah Asyl.

Bei welchen Anlässen kritisierten Kanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle demnach die menschenverachtende Regierungspolitik in Saudi-Arabien in der gebotenen Schärfe? Wo bleibt die Stimme der Bundesregierung, die den sofortigen Rücktritt des Diktators Abdullah und die Wahrung von Menschenrechten einfordert? Nach solcherlei Proklamationen wird man vergeblich suchen. Stattdessen lässt sich nüchtern bilanzieren: Verglichen mit den Waffentransfers nach Ägypten und Libyen befindet sich Saudi-Arabien sogar auf dem Weg zur Supermacht.

Der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung listet bei Einzelgenehmigungen in Drittländer auf, welche Kleinwaffenexporte genehmigt worden sind: Demnach durften im Jahr 2007 ganz legal 5.135 Gewehre im Wert von 7,3 Millionen Euro nach Saudi-Arabien exportiert werden. Insgesamt betrug die Summe der Ausfuhren kommerzieller Kriegswaffen nach Riad allein in diesem Jahr 2007 10,1 Millionen Euro.

Zurzeit wird in Saudi-Arabien in Lizenz von Heckler & Koch ein Produktionswerk für das Sturmgewehr G36 errichtet. Laut Aussagen von Insidern soll die Oberndorfer Waffenschmiede allein durch dieses Projekt einen Umsatz 220 Millionen Euro verbuchen können – fast soviel wie der Jahresumsatz 2009. Mit Blick auf erfolgreich verlaufende Waffengeschäfte meldete das Unternehmen Ende Februar, man erwarte für das zurückliegende Geschäftsjahr eine „deutliche Umsatz- und Ergebnissteigerung".

Seit 2008 wird Saudi-Arabien sogar in den Top Ten der Empfängerländer deutscher Waffen geführt – Tendenz weiter steigend. Die Bundesregierung unter der Führung von Angela Merkel befürwortete den Export all der „Geräte", deren Besitz das Herz des Diktators und seiner Schergen höher schlagen lässt. 2009 genehmigte der Bund unter anderem den Export von Teilen für Feuerleiteinrichtungen, Bodenüberwachungsradar, Teile für Kampf- und Tankflugzeuge, für Raketen, Granaten, elektronische Kampfführung und Grenzsicherungssysteme.

Für das saudi-arabische Grenzsicherungsprogramm erhielt die Division „Verteidigung und Sicherheit" der EADS am 30. Juni 2009 den Zuschlag. „Es handelt sich um das weltweit größte Projekt dieser Art", brüstet sich die EADS-Führung in ihrem Geschäftsbericht. Mit der Technik könne „das gesamte Grenzgebiet des Königreichs" gesichert werden. Aussagen wie diese lassen erahnen, wie sich die Festung Europa in Zukunft gegen Flüchtlingsbewegungen abschotten wird.

Der Transfer von Waffen und Rüstungsgütern für Saudi-Arabien umfasste 2009 den Genehmigungswert von 167,9 Millionen Euro – das ist rund das zweieinhalbfache Volumen für Ägypten (77,5 Mio.) und sogar mehr als das dreifache für Libyen (53,1 Mio.). Damit rangiert das diktatorische Königshaus in Saudi-Arabien offiziell auf Platz 6 der deutschen Empfängerländer.

Der reale Wert der Waffentransfers an Saudi-Arabien ist de facto noch höher. Denn der Export von Kampfflugzeugen des Typs „Eurofighter", in seiner Exportversion „Typhoon" genannt, erfolgt über Großbritannien. Die zweite Tranche, die im Oktober 2008 anlief, umfasste auch die 72 Kampfjets für Saudi-Arabien. „Der Eurofighter Typhoon ist das modernste und leistungsfähigste marktverfügbare Mehrzweck-Kampfflugzeug der neuen Generation", jubelt EADS.

Das Vereinigte Königreich rangiert gar auf Platz 3 der wichtigsten Bestimmungsländer deutscher Waffenexporte. Die EADS fertigt in Varel das Rumpfmittelteil, die Montage erfolgt in Augsburg. Rheinmetall/Mauser in Oberndorf am Neckar liefert die 27-Millimeter-Bordkanonen für den „Eurofighter". Da die Endmontage in Großbritannien erfolgt, werden in Deutschland gefertigte Bestandteile in der deutschen Exportstatistik als „Teile für Kampfflugzeuge" an das Empfängerland Großbritannien verbucht.

Mit Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter/Typhoon lassen sich Kritiker innerhalb und außerhalb des Landes abschrecken und kriegerische Auseinandersetzungen gewinnen. Mit aus Deutschland gelieferten oder in Eigenproduktion gefertigten G36-Sturmgewehren von Heckler & Koch lässt sich die kritische Opposition unterdrücken. Mit dem EADS-Grenzsicherungsprogramm lassen sich zukünftig Fluchtversuche aus dem Land überwachen und gegebenenfalls unterbinden. Würde die Demokratiebewegung in Saudi-Arabien wagen, sich – wie in Tunesien oder Ägypten – zu formieren und auf die Straße zu gehen, müssten die Menschen mit dem Schlimmsten rechnen: Demonstrationen könnten auch mit deutschen Rüstungsgütern und Waffen blutig niedergeschlagen werden.

## „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!"

Die genannten Rüstungstransfers nach Ägypten, Libyen und Saudi-Arabien stellen keine Einzelfälle dar. Vielmehr genehmigten die Bundesregierungen in den vergangenen Jahrzehnten in einer stillschweigend geschlossenen Allparteienkoalition von CDU/CSU/SPD/FDP/GRÜNE vielzählig den Export von Waffen und Rüstungsgütern an Scheindemokraten und Diktatoren in aller Welt. Wer als Oppositionspartei Waffenhandel kritisierte, legalisierte und legitimierte diesen in Regierungsverantwortung – eine Situation, die bis heute trägt.

Offen bleibt die Frage fortwährender Waffentransfers an menschenrechtsverletzende Staaten wie Brasilien, Indonesien, Israel, Kolumbien, Malaysia, Mexiko, Nigeria, Oman, Pakistan, Singapur, Thailand, Russland, die Vereinigten Arabischen Emirate und weitere.

Die Umstürze in Ägypten und Tunesien und die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Libyen führen uns in bedrückender Weise vor Augen, dass die Zeit zur Umkehr gekommen ist. Deutschland darf nicht länger mit seinen Waffenlieferungen zur weltweiten Gewalteskalation beitragen. Eine Politik, die die weltweite Wahrung von Menschenrechten einfordert und zugleich menschenrechtsverletzende Staaten in aller Welt mit Waffen und Rüstungsgütern aus- und hochrüstet, verspielt jede Glaubwürdigkeit und handelt moralisch verwerflich.

Alle Waffenlieferungen und Lizenzvergaben an diktatorische und scheindemokratische Regime müssen sofort gestoppt werden. In einem zweiten Schritt muss Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes ergänzt, in seiner Neufassung der Export von Waffen und Rüstungsgütern grundsätzlich verboten werden. Mit diesem Ziel werden die AGDF, die DFG-VK, Franziskaner, IPPNW, Pax Christi deutsche Sektion, Ohne Rüstung Leben und das Rüs- tungsInformationsBüro sowie viele weitere Friedensorganisationen in diesem Frühjahr die Kampagne „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel" starten. Alle Informationen zu dieser Kampagne erscheinen als Titelgeschichte in der nächsten Ausgabe der **ZivilCourage**.

**Weitere Informationen im Internet:**
www.dfg-vk.de und www.rib-ev.de
(Rüstungsexportberichte der Bundesregierung, der GKKE und SIPRI)
Rüstungsexporte nach Ägypten:
www.bicc.de/ruestungsexport/pdf/countries/2010_aegypten.pdf
Rüstungsexporte nach Libyen:
www.bicc.de/ruestungsexport/laenderportraets.html

*Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK, Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD) und Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB). Er ist Autor kritischer Sachbücher über Rüstungs-, Militär- und Wirtschaftspolitik.*

# Die Kriegslüge des Dr. h.c. mult. J. Fischer*

## Der Ex-Außenminister bestreitet die völkerrechtswidrige deutsche Beteiligung am Irak-Krieg

Von Jürgen Rose

Um welch erstrangige Polit-Kanaille es sich bei dem Bundesaußenminister a.D. Joseph Fischer handelt, konnte der interessierte Zeitgenosse bereits 1999 erfahren, wenn er einen Blick in den Reader warf, der damals unter dem paradigmatischen Titel „Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben" in der Edition Tiamat erschienen war *(Bittermann, Klaus/Deichmann, Thomas (Hrsg.): Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben. Die Grünen, die SPD, die Nato und der Krieg auf dem Balkan, Berlin 1999)*. Denn dort hatte der Berliner Autor Christian Y. Schmidt detailliert dargelegt *(S. 133 ff.)*, wie es dem einstigen Kapo der Frankfurter „Putztruppe" in enger Abstimmung mit seinem Spießgesellen Daniel Cohn-Bendit gelungen war, die vormals auf ökopazifistischem Kurs befindlichen Grünen zum kriegerischen Interventionismus zu bekehren.

Militarismus gründlich ausgebombt hatten. „Nie wieder Auschwitz, nie wieder Krieg", so hatte die auf diese drakonische Lektion gegründete Raison d'être der neuen deutschen Demokratie gelautet. Doch Madeleine Albrightís Darling schiss seinen Parteijüngern kurzerhand die Parole „Nie wieder Auschwitz und deshalb Krieg!" ins politische Kleinhirn. Womit vormals Friedensgrüne zu fürderhin Kriegsgrünen in Nato-Oliv mutierten. Zur überschäumenden Freude all jener, die seit langem schon den Tag herbeigesehnt hatten, an dem der Marschtritt deutscher Soldatenstiefel wieder von Berlin aus durch die Welt hallen würde.

Mittlerweile zum Princeton-Professor und „Zeit"-Kolumnisten avanciert legte der bombenverliebte Friedensverräter jüngst unter dem Rubrum „I am not convinced. Der Irak-Krieg und die rot-grünen Jahre" die Memoiren seines Intermezzos im Auswärtigen Amt vor *(Köln*

„Von Anfang an stand Deutschlands Nein zum Irak-Krieg im Widerspruch zu unseren fortgeltenden Bündnisverpflichtungen innerhalb der Nato, und dieser Widerspruch ließ sich weder aufheben noch leugnen. ... Aus all diesen Gründen wollten wir deshalb auch weiterhin amerikanische Truppen in Deutschland stationiert haben, die aber nun im Irak eingesetzt werden würden." Immerhin gibt Fischer zu, dass die Invasionstruppen der USA von deutschem Boden aus in den Krieg geführt wurden – ohne freilich auch nur ein Wort darauf zu verschwenden, dass es sich um einen glasklaren Aggressionskrieg handelte, der wiederum aus deutscher Sicht einen glatten Verstoß gegen die Bestimmungen des so genannten 2+4-Vertrages sowie weiterer völkerrechtlicher Grundnormen und damit natürlich zugleich einen eklatanten Bruch des Grundgesetzes implizierte. Zudem fabuliert er von schlechterdings nicht existenten Bündnisverpflichtungen, denn im Nato-Vertrag steht nirgendwo, dass einem Bündnispartner, der einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg vorbereitet und führt, Hilfe zu leisten sei. Noch weitaus dreister indes seine folgende Lüge: „Diese Lage zwang uns zu einer Gratwanderung, aus der die rot-grüne Bundesregierung niemals ein Geheimnis gemacht hatte: die Überfluggenehmigung für amerikanische Militärflugzeuge, Bewachung amerikanischer Standorte durch die Bundeswehr, die Entsendung von Fuchs-Spürpanzern nach Kuwait, die den Einsatz von chemischen Waffen feststellen konnten etc., gehörten in diesen Bereich. Aber niemals hatte unsere Regierung die entscheidende Linie überschritten, nämlich entgegen unserer öffentlichen Ablehnung des Irak-Krieges insgeheim diesen Krieg doch unterstützt zu haben. Ein solcher Vorwurf ist schlicht haltlos."

Haltlos ist lediglich der Unfug, den dieser Rechts- und Friedensverräter vom Auswärtigen Amt hier zu Papier bringt. Denn was anderes als massive Kriegsun-

**Deutschland**

**Sieben Jahre lang** war Joschka Fischer Deutschlands Außenminister. Er rechtfertigte die Teilnahme an den Kriegen im Kosovo und in Afghanistan, lehnte aber die Teilnahme am US-Abenteuer im Irak ab. Vom bitteren Konflikt mit der Regierung Bush und heftigen Auseinandersetzungen mit dem Bundeskanzler Gerhard Schröder handelt der zweite Teil seiner Erinnerungen, aus denen der SPIEGEL Auszüge druckt.

DER SPIEGEL, Nr. 7, 14. Februar 2011

MEMOIREN

# Balancieren am Abgrund

## Joschka Fischer über Deutschlands schwieriges Nein zum Irak-Krieg

Mit der ersten Wiederwahl tritt jede Regierung in eine gefährliche Phase ein, denn unbemerkt beginnt in der Fortsetzung des Alten etwas völlig Neues. Die zweite Amtszeit einer Regierung erfolgreich zu gestalten, hört sich daher einfacher an, als es tatsächlich ist, denn die größere Erfahrung der Akteure lädt zur Selbstüberschätzung ein, alles geht scheinbar so weiter wie her – wohlgemerkt, *scheinbar*.

Waren wir im Herbst [illegible] innerer Freude u[illegible] despräsident Ror[illegible]

Grenzen unseres Leistungsvermögens angekommen.

Zudem fanden die Koalitionsverhandlungen unweit vom Berliner Regierungsviertel in der SPD-Zentrale statt [illegible] zahlreichen Medi[illegible] ihnen geboten[illegible] nahme an

New York [illegible] fataler [illegible]

*2011. Die nachfolgenden Zitate entstammen einem am 14. Februar im „Spiegel" unter dem Titel „Memoiren. Balancieren am Abgrund. Joschka Fischer über Deutschlands schwieriges Nein zum Irak-Krieg" vorab erschienenen Auszug.).*

Im Hinblick auf die vorgebliche Nichtbeteiligung Deutschlands an dem gegen den Irak und seine Bevölkerung verübten völkerrechtlichen Verbrechen springt zunächst eine Passage ins Auge, in der es um die Nato und die hierzulande stationierten US-Truppen geht. Dort heißt es:

Mit seinem damaligen Meisterstück an bellizistischer Perfidie hatte Fischer ohne viel Federlesens den Grundkonsens vom Tisch gefegt, auf den sich die Bonner Republik verständigt hatte, nachdem die Angloamerikaner im Westen im Bunde mit der Roten Armee im Osten den Deutschen ihren größenwahnsinnigen

terstützung stellte denn die Bereitstellung des deutschen Territoriums inklusive des Luftraums als Einsatzbasis für die US-Streitkräfte dar? Später schlussfolgerte sogar der vom Bundesministerium der Verteidigung bestallte Wehrjurist Dr. Peter Dreist: „Entgegen allen öffentlichen Äußerungen ist auch die Lage der Bundesrepublik während des III. Golf-Konflikts durchaus als heikel anzusehen: Sie kann insbesondere aufgrund der aktiven Unterstützung der Aufmarschbemühungen der USA und ihrer Verbündeten und der Erlaubnis für diese, die Militärflugplätze in Deutschland für den Aufmarsch und die Versorgung sowie die Durchführung der Kampfeinsätze als Landebasen zu nutzen, sowie aufgrund der Nicht-Inhaftierung zurückkehrender Soldaten der Verbündeten, die sich aktiv an Kampfhandlungen beteiligt hatten, aus völkerrechtlicher Sicht als Partei des Konflikts betrachtet werden, die sich durch diese Handlungen ihres neutralen Status in diesem Konflikt begeben hatte." *(Bundeswehrverwaltung, Heft 3, März 2005, S. 49 ff.)*

Zweifelsfrei fest steht darüber hinaus, dass die USA und ihre willigen Koalitionäre ihren Angriffskrieg ohne die deutsche Unterstützung keinesfalls so hätten führen können, wie sie ihn geführt haben; ja, vielleicht hätte der Krieg zu diesem Zeitpunkt gar ganz von der Agenda gestrichen werden müssen – nicht zuletzt deshalb, weil eine ganz handfeste Verweigerung jeglicher Kriegsunterstützung seitens der Bundesrepublik Deutschland auch in der weltweiten öffentlichen Wahrnehmung nochmals von ganz anderem Gewicht gewesen wäre als das heuchlerische Nein von Schröder oder Fischers verbaler „Heldenakt" auf der Bühne der Münchner „Wehrkundetagung", auf der dem US-Kriegsminister Rumsfeld sein „I am not convinced" entgegenhielt.

Dafür, wie Fischers Legendenbildung trotz ins Auge springender Widersprüchlichkeit auf fatale Weise zu verfangen vermag, liefert Ulrike Winkelmann vom „Freitag" ein schlagendes Beispiel. In ihrer Rezension des Fischer-Märchens *(Der Freitag, 24.2.2011, S. 17)* verklärt sie den Verfassungsbruch der rot-grünen Mischpoke zum „am wenigsten bestrittenen außenpolitischen Erfolg" und attestiert den Friedensverrätern sodann: „Mit dem Nein zum Irakkrieg haben Schröder wie Fischer sich und der Bundesrepublik einen großen Gefallen getan." Der Aphoristiker Georg Christoph Lichtenberg hätte hierzu vermutlich annotiert: „Mit größerer Majestät hat nie ein Verstand stillgestanden." Denn legt man im Hinblick auf die Rolle Deutschlands im Irak-Krieg die zwingend erforderlichen völker- und verfassungsrechtlichen Normen zugrunde, stellt sich die Lage diametral anders dar.

## Aktive Kriegsunterstützung

Schon unmittelbar nachdem in der Nacht des 20. März 2003 die angloamerikanischen Koalitionstruppen ihren völkerrechtsverbrecherischen Überfall auf den Irak und seine Menschen gestartet hatten, stellten empörte Bundesbürger zuhauf Strafanzeigen, eben weil die Regierung Schröder entgegen der von ihr selbst verbreiteten Legende, die Bundesrepublik Deutschland beteilige sich nicht an diesem Krieg, den USA und weiteren Bündnispartnern auf deren gemäß Nato-Truppenstatut gestellte Anfrage hin bereits im November 2002 umfassende Unterstützung zugesichert und darüber hinaus auch aktiv und vorsätzlich an der Vorbereitung des Angriffskrieges gegen den Irak im Sinne des Paragraf 80 Strafgesetzbuch mitgewirkt hatte.

Letzteres ergibt sich aus einer vom damals amtierenden Bundesminister der Verteidigung, Dr. Peter Struck, im Dezember 2002 getroffenen Entscheidung zur uneingeschränkten Unterstützung der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland durch die Bundeswehr. Im Vorbefehl für die „Force Protection für die US-Streitkräfte", den das Streitkräfteunterstützungskommando der Bundeswehr am 20. Dezember 2002 herausgegeben hat, heißt es dazu wörtlich:

„BM [Bundesminister Struck] hat entschieden, dass

- die Unterstützung der US Streitkräfte in Deutschland mit ‚allen Anstrengungen' zu erfolgen hat,
- ein Einsatz von US National Guard in Deutschland in Zukunft nicht mehr erforderlich sein wird, weil – auf konkrete und durch USAREUR bestätigte – Anforderungen der US-Seite entsprechende Force Protection durch die deutschen Streitkräfte gewährleistet wird,
- eventuelle Einschränkungen im Friedenseinsatz und Ausbildungs-/Übungsbetrieb hinzunehmen sind."

Noch vor Weihnachten 2002 begann daraufhin das Streitkräfteunterstützungskommando gemeinsam mit den ihm unterstellten Wehrbereichskommandos in großer Hektik, die Bewachung der Kasernen, in denen die Truppen der Aggressoren hierzulande untergebracht waren, zu planen und zu organisieren. Ab Januar 2003 – also noch in der Vorbereitungsphase des Angriffskrieges! – übernahmen nach offiziellen Angaben bis zu 4.200 Bundeswehrsoldaten die Bewachung von US-Liegenschaften und deckten damit die Verlegung von 30.000 Soldaten der US-Landstreitkräfte in den Irak ab, wodurch militärische Kräfte der USA in enormem Ausmaß für die Führung des Irak-Krieges freigesetzt wurden.

Die Bundeswehr rühmte sich später in ihrem Intranet selbst ihrer Verdienste, die sie sich im Hinblick auf die Unterstützung des US-Verbündeten während des Irak-Krieges erworben hat. So meldete „Intranet Aktuell" am 6. Mai 2003: „Stellvertretend für die mehr als 3.000 Bundeswehrsoldaten, die zum Schutz von US-Einrichtungen an fünfundsechzig Standorten in Deutschland Wachdienst leisten, waren etwa 100 von ihnen nach Wiesbaden-Erbenheim eingeladen worden. Hier erhielten sie von Generalmajor Ricardo S. Sanchez, Kommandeur der 1st Armored Division, zur Erinnerung und als Anerkennung für ihre Dienste bei der Bewachung eine Urkunde sowie eine Gedenkmedaille. An die versammelten Soldaten gerichtet machte Sanchez deutlich, dass die Unterstützung der Bundeswehr seit dem 24. Januar den US-Streitkräften die Möglichkeit gegeben habe, sich auf ihren Auftrag im Irak zu konzentrieren." Und am 12. November 2003 berichtete wiederum „Intranet Aktuell": „Die US-Armee hat am 5. November 2003 in Heidelberg Repräsentanten von Bundeswehr, Polizei und Bundesgrenzschutz für die Leistungen bei der Bewachung der amerikanischen Einrichtungen nach den Terror-Anschlägen und während des Irak-Kriegs ausgezeichnet. General B.B. Bell vom Hauptquartier der US-Landstreitkräfte dankte den deutschen Sicherheitskräften für die Bewachung der amerikanischen Militäreinrichtungen. ... Seit dem Terroranschlag vom 11. September 2001 und dem Irak-Krieg hatten deutsche Sicherheitskräfte US-Einrichtungen verstärkt bewacht. Die Sicherheitskräfte erledigten ihre Aufgabe gut, ‚so dass wir keine Angst vor terroristischen Anschlägen haben müssen', sagte Bell. Nach Angaben des US-Generals wurden 30.000 Soldaten der US-Landstreitkräfte in Europa in den Irak verlegt."

Unmissverständlich kommt die überragende Bedeutung, welche die von der Bundeswehr gebotene Entlastung für die US-Streitkräfte im Hinblick auf die Vorbereitung und Durchführung des Angriffskrieges gegen den Irak darstellte, in einer Dankesurkunde zum Ausdruck, die dem Wehrbereichskommando IV von US-General Bell, dem Kommandierenden General der US Army Europe und der 7. US Army, überreicht wurde. Im Dankestenor heißt es unter anderem: „Your continued support in helping us protect our installations in the Federal Republic of Germany has empowered us to execute our mis-

sion of efficiently deploying our expeditionary Army forces." Realiter entpuppt sich diese von den US-Streitkräften überreichte „Scroll of Appreciation" somit als Gratulationsurkunde für den von der Bundeswehr, hier konkret im genannten Fall von den Angehörigen des dekorierten Wehrbereichskommandos IV – Süddeutschland, verübten Völkerrechts- und Verfassungsbruch.

Neben der direkten Mitwirkung an der Vorbereitung des Angriffskrieges gegen den Irak unterstützte die rot-grüne Bundesregierung dieses völkerrechtliche Verbrechen noch auf vielfältige andere Weisen, insbesondere durch die Gewährung von Überflugrechten für alliierte Kampf- und Transportflugzeuge im deutschen Luftraum, durch die Zusicherung des reibungslosen Transits alliierter Truppen durch Deutschland sowie die Genehmigung zur Nutzung amerikanischer Militärbasen, insbesondere der für die Kriegführung unabdingbaren Hauptquartiere auf deutschem Boden.

**§ 80 Strafgesetzbuch, „Vorbereitung eines Angriffskrieges"**

„Wer einen Angriffskrieg (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft."

Noch drei Jahre später gab die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) sich desselben rechtsverräterischen Jargons wie Joschka Fischer bedienend zu Protokoll, weshalb das Kabinett so und nicht anders entschieden hatte: „Wir haben aber auch öffentlich keinen Zweifel daran gelassen, dass wir als Nato-Partner zum Bündnisfall stehen, den Amerikanern Überflugrechte gewähren und die Nutzung ihrer Basen in Deutschland ermöglichen. Niemand wollte die Differenzen im deutsch-amerikanischen Verhältnis eskalieren." *(Die Zeit, 26. Januar 2006, S. 9)*

## Geheimabkommen gibt den USA freie Hand in Deutschland

Ein erst im Herbst 2008 ans Licht der Öffentlichkeit gelangter Grund für das verfassungswidrige Handeln der Bundesregierung könnte darin zu suchen sein, dass es „tatsächlich ... ein Geheimabkommen zwischen der deutschen Regierung und den USA zu geben [scheint]. Das wurde in einer Radiosendung mit Albrecht Müller (SPD), früher Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt unter Willy Brandt und Helmut Schmidt, erwähnt. Er sagte, dass in der Zeit der deutschen Wiedervereinigung die US-Regierung befürchtete, ihre Militärstützpunkte in Deutschland zu verlieren. Aber Kanzler Kohl habe mit den USA ein Geheimabkommen abgeschlossen, demzufolge diese die Militärstützpunkte zu jeder Zeit für alle Fälle benutzen können. Das frühere Mitglied der deutschen Regierung Oskar Lafontaine äußerte sich in einer Konferenz im Januar 2006 in Berlin dahingehend, dass in diesem Sinne Deutschland kein souveränes Land wie Frankreich sei." *(Richter, Hans-Peter: Von deutschem Boden geht Krieg aus. Die Funktion der ausländischen Militärstützpunkte; in: Dossier 59, Beilage zu Wissenschaft und Frieden 4/2008, S. 13 f.)* Angesichts dieses Sachverhalts erscheint ein Passus aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zur Gewissensfreiheit von Soldaten plötzlich in ganz besonderem Licht. Darin heißt es nämlich: „Unabhängig davon, ob solche Geheim-Abkommen überhaupt rechtliche Wirkungen auszulösen vermögen, ist jedenfalls die Vorschrift des Art. 103 UN-Charta zwingend zu beachten, die folgenden Wortlaut hat: ‚Widersprechen sich die Verpflichtungen von Mitgliedern der Vereinten Nationen aus dieser Charta und ihre Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften, so haben die Verpflichtungen aus dieser Charta Vorrang.' Art. 103 UN-Charta stellt ganz allgemein den Vorrang des Rechts der UN-Charta gegenüber Verpflichtungen aus allen anderen völkerrechtlichen Abkommen fest. Dies hat im vorliegenden Zusammenhang die Konsequenz, dass aus solchen – für den Senat nicht ersichtlichen, jedoch nicht auszuschließenden – Geheim-Abkommen für die USA und für das UK gegenüber Deutschland jedenfalls keine Rechte und Verpflichtungen ableitbar sind, die der UN-Charta widersprechen, also etwa gegen das Gewaltverbot des Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta verstoßen." *(BVerwG 2 WD 12.04, S. 94)*

Indem aber die deutsche Regierung den Aggressoren jene pauschale Nutzungsgenehmigungen erteilt hat, verstieß sie in eklatanter Weise gegen völkerrechtliche Gebote des Neutralitätsrechts. Letzteres hat seine Grundlage im Völkergewohnheitsrecht und im V. Haager Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten neutraler Staaten im Falle eines Landkriegs vom 18. Oktober 1907, das in Deutschland seit dem 25. Oktober 1910 in Kraft ist. Den Status eines „neutralen Staates" muss jedes Land wahren, das nicht an einem militärischen Konflikt zwischen anderen Staaten teilnimmt. Beteiligung an einem Krieg ist ausschließlich an der Seite des Opfers eines bewaffneten Angriffs erlaubt, keinesfalls aber auf Seiten des Angreifers.

## Recht im Dienst der Macht

Dessen ungeachtet ließ Generalbundesanwalt Kay Nehm durch seine Pressestelle am 21. März 2003 verlautbaren: „Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof hat die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Mitglieder der Bundesregierung wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Angriffskrieges (§ 80 StGB) abgelehnt, weil keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte vorliegen, die einen Anfangsverdacht wegen eines Verbrechens nach § 80 StGB begründen könnten." Seine ablehnende Entschließung begründete er mit Mängeln in der verfassungs- und strafrechtlichen Normierung des Angriffskriegsverbotes. Im einzelnen rekurrierte er auf die definitorische Unschärfe des Angriffskriegsbegriffs, die eingeschränkte Reichweite des Straftatbestandes § 80, das in der Rechtsinterpretation zu beachtende Bestimmtheitsgebot und das Analogieverbot sowie das Rechtsprinzip der einengenden Tatbestandsauslegung. Hiernach sei lediglich derjenige Angriffskrieg strafbar, an dem sich Deutschland mit eigenen Streitkräften beteiligt; es müsse eine Tat von Gewicht vorliegen, nicht nur bloße Duldungs- oder Unterlassungshandlungen, und im Sinne des erforderlichen „tatbestandsmäßigen Unrechtserfolges" müsse auch eine konkrete Kriegsgefahr für die Bundesrepublik Deutschland selbst verursacht werden.

Zentrale Relevanz besaß in den Augen des Generalbundesanwalts der Umstand, dass „dem Völkerrecht ... kein allgemein anerkannter und auch nur einigermaßen ausdifferenzierter Begriff der völkerrechtswidrigen bewaffneten Aggression zu entnehmen" sei. An dieser Stelle irrte Deutschlands oberster Strafverfolger jedoch. Als Bestandteil der Resolution 3314 (XXIX) vom 14. Dezember 1974 hatte nämlich die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Konsens eine weitreichende Begriffsbestimmung des Aggressionstatbestandes vorgenommen. In den insgesamt acht Artikeln der „Definition des Begriffs Aggression" ist auch eine umfangreiche und expressis verbis „nicht erschöpfende" Auflistung von Angriffshandlungen enthalten.

Im Hinblick darauf, dass Deutschland entscheidend dazu beigetragen hat, das völkerrechtliche Verbrechen gegen den Irak und seine Menschen überhaupt zu ermöglichen, kommt Artikel 3 Buchstabe f dieser Aggressionsdefinition heraus-

ragende Bedeutung zu. Als Akt der Aggression zu werten ist demnach die „Handlung eines Staates, die in seiner Duldung besteht, dass sein Hoheitsgebiet, das er einem anderen Staat zur Verfügung gestellt hat, von diesem anderen Staat dazu benutzt wird, eine Angriffshandlung gegen einen dritten Staat zu begehen".

Exakt diesen Tatbestand erfüllte die rot-grüne Bundesregierung, als sie den Nato-Verbündeten sämtliche erbetenen Unterstützungsleistungen für die Vorbereitung und Durchführung ihres Aggressionskriegs gewährte. Daher manifestierte sich in der Presseverlautbarung des Generalbundesanwalts der blanke Rechtsnihilismus, wenn er dort behauptete, solches Handeln der Bundesregierung werde „als eine bloße Nichtverhinderung von Angriffshandlungen vom Tatbestand des § 80 StGB nicht erfasst". Auf dem Wege dieser seiner willkürlich getroffenen und völlig abwegigen Rechtsauslegung gelangte der Generalbundesanwalt folgerichtig zu der Behauptung, dass „Artikel 3f der Resolution 3314 (XXIX) ... bei der strafrechtlichen Beurteilung" des Regierungshandelns bedeutungslos sei. Denn, so stellte er abschätzig resümierend im Hinblick auf die rechtliche Bindungswirkung des Beschlusses der UN-Generalversammlung aus dem Jahre 1974 fest: „Der weder bindenden noch abschließenden Definition kommt mithin nur die Bedeutung einer Orientierungshilfe zu."

Einer solchen indes hätte vor allem der Generalbundesanwalt selbst bedurft, hatte er doch seine Orientierung im unübersichtlichen Dickicht des Völker- und Verfassungsrechts völlig verloren. Zwar traf sein Einwand zu, dass die Aggressionsdefinition der UN-Generalversammlung nicht zum harten Kernbestand des Völkerrechts im Sinne des „ius cogens", des zwingenden Recht, gehört, wohl aber konstituierte sie nach dreißig Jahren unwidersprochener Geltung völkerrechtliches Gewohnheitsrecht – und auch dieses ist kategorisch einzuhalten.

Dem willfährigen juristischen Steigbügelhalter einer mit bemerkenswerter krimineller Energie agierenden Exekutive hätte zudem die Lektüre eines wahrlich erhellenden Rechtsgutachtens, das vor Kriegsbeginn, am 13. März 2003, im Bundesministerium der Verteidigung angefertigt worden war, auf die Sprünge helfen können. Es hatte die „völkerrechtliche Zulässigkeit der Bewachung amerikanischer Einrichtungen in Deutschland durch Soldaten des Sanitätsdienstes der Bundeswehr" zum Gegenstand. Die entscheidende Passage im Text des Ministerialjuristen Klaus Schäfer lautete: „Ich empfehle daher im Falle eines bewaffneten Konflikts unverzüglich Sorge dafür zu tragen, dass Sanitätssoldaten von militärischen Wachaufgaben entbunden werden. Bei Nichtbeachtung würde das im Wachdienst eingesetzte Sanitätspersonal Gefahr laufen, seinen völkerrechtlichen Schutz zu verlieren und im Rahmen eines Angriffs auf eine militärische Einrichtung einer Konfliktpartei als Teil eines legitimen militärischen Ziels im Sinne des Völkerrechts betrachtet zu werden."

## BRD als legitimes militärisches Ziel im Sinne des Völkerrechts

Diese völkerrechtliche Expertise barg brisante Implikationen:

Erstens wurden die USA und ihre Verbündeten mit Beginn des Krieges gegen den Irak zu Konfliktparteien im Sinne des Völkerrechts.

Zweitens wurden die militärischen Einrichtungen der USA und ihrer Verbündeten auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland mit Beginn des Krieges gegen den Irak zu legitimen militärischen Zielen im Sinne des Völkerrechts.

Drittens mussten die zur Bewachung der militärischen Einrichtungen der USA und ihrer Verbündeten auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland eingesetzten, vom Humanitären Völkerrecht besonders geschützten Sanitätssoldaten mit Beginn des Krieges gegen den Irak von ihrem Wachauftrag entbunden werden, da sie anderenfalls ihren besonderen völkerrechtlichen Schutz verloren hätten und zu regulären Kombattanten im Sinne des Völkerrechts geworden wären.

Viertens wurde die Bundesrepublik Deutschland durch den Einsatz von Bundeswehrsoldaten zur Bewachung der militärischen Einrichtungen der USA und ihrer Verbündeten selbst zur Konfliktpartei an der Seite der Aggressoren.

Fünftens wurde jeder der für die Bewachung der militärischen Einrichtungen der USA und ihrer Verbündeten eingesetzten deutschen Soldaten mit Beginn des Krieges gegen den Irak tatsächlich zu einem regulären Kombattanten im Sinne des Völkerrechts und durfte vom irakischen Verteidiger legitimerweise unter Wahrung der Regeln des Humanitären Völkerrechts bekämpft werden.

Sechstens schließlich wurde auch die Bundesrepublik selbst insgesamt mit ihren Streitkräften durch diesen Einsatz von Bundeswehrsoldaten zum legitimen militärischen Ziel im Sinne des Völkerrechts, womit klar und eindeutig die konkrete Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland im Sinne des Artikels 26 Grundgesetz sowie des Paragrafen 80 Strafgesetzbuch heraufbeschworen wurde.

## „Auf deutschem Boden fand also ein Kriegsverbrechen statt."

Sowohl die politische Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung als auch die militärische Führungsspitze der Bundeswehr waren über all das im Bilde. Darum – nämlich aufgrund des Rechtsgutachtens – wurde befohlen, den Zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr aus der Bewachung der US-Einrichtungen herauszulösen. In mehreren Koordinierungsbesprechungen wurden die Wachaufgaben unter Heer, Luftwaffe, Marine und der Streitkräftebasis neu verteilt. Gleichwohl wurden die Soldaten des Zentralen Sanitätsdienstes von ihrem Bewachungsauftrag endgültig erst zum 1. April 2003 entbunden. Daraus folgt, dass vom Beginn des Krieges gegen den Irak am 20. März bis zum Ablauf des 31. März 2003 mit dem während dieses Zeitraumes erfolgten Einsatz von Sanitätssoldaten zur Bewachung militärischer Einrichtungen der US-Streitkräfte die Normen des Humanitären Völkerrechts gebrochen wurden. Auf deutschem Boden fand also ein Kriegsverbrechen statt. Dies war allen Beteiligten bekannt: sowohl der Bundesregierung, vertreten durch den Bundesminister der Verteidigung, Peter Struck, als auch der durch General Wolfgang Schneiderhan repräsentierten militärischen Führungsspitze, welche die hierfür notwendigen Anordnungen erteilt hatte, und darüber hinaus innerhalb der Bundeswehr allen mit der Organisation der Bewachung der US-Liegenschaften beauftragten Soldaten bis auf die Ebene der Stabsoffiziere, zum Teil noch darüber hinaus.

Der einzige Staatsdiener dieser Republik, den gleichwohl offenbar totale Ahnungslosigkeit umfing, war der Generalbundesanwalt – und der Friedensverräter im Amt Joschka Fischer, wenn man denn seinen Memoiren Glauben schenken möchte.

*Jürgen Rose war bis zu seiner Pensionierung im letzten Jahr Oberstleutnant der Bundeswehr und ist Vorstandsmitglied der kritischen SoldatInnenvereinigung „Darmstädter Signal".*

** Dem früheren Außenminister wurde 2002 von der Universität Haifa und 2006 von der Universität Tel Aviv die Ehrendoktorwürde verliehen.*

# Wann endet die Bündnistreue?

## Der Nato-Partner USA mordet völkerrechtswidrig mit Drohnen

Von Ulrich Finckh

Bekanntlich kennzeichnen die Staaten diejenigen Staatsbürger, die sie zum Abschuss freigeben, durch Uniformen. Das gilt auch noch heute, obwohl ausschließlich die direkte Selbstverteidigung bis zum Tätigwerden des UN-Sicherheitsrates und vom Sicherheitsrat beschlossene Interventionen als militärische Aktionen erlaubt sind. Soldaten dürfen im Krieg beschossen werden, und sie dürfen ebenso auf die Uniformierten der anderen Seite schießen. Nicht schießen darf man auf Zivilisten, es sei denn, diese haben Waffen und beteiligen sich illegal direkt am Kampf.

Natürlich ist das schöne Theorie des internationalen Rechts. Die Waffenentwicklung hat dazu geführt, dass viele Geschosse, Bomben, Minen und Raketen keineswegs nur Soldaten in ihren Uniformen treffen, sondern als „Kollateralschäden" zunehmend auch Zivilisten. Militär ist verpflichtet, solche zivilen Opfer zu vermeiden oder mindestens ihre Zahl so gering wie möglich zu halten, aber das funktioniert immer weniger.

Als Kriegsverbrechen gilt jedenfalls nach wie vor der gezielte Angriff auf Zivilpersonen. Dazu kommt es aber regelmäßig im Kampf gegen Terroristen. Überlegene militärische Macht offen anzugreifen, verspricht wenig Erfolg. Man kann aber versuchen, sie mit Guerillataktik zu zermürben. Das geschieht derzeit in Afghanistan mit Sprengfallen, lokalen Überfällen, Sabotage und Selbstmordattentaten. Die Anführer dieser Aktionen verstecken sich nicht selten sogar in anderen Staaten. Sichtbar sind sie Zivilisten. Nur wenn sie Waffen tragen und selbst in Kämpfe eingreifen, ist es (rechtlich) kein Problem, auf sie zu schießen. Sonst aber erlaubt das Völkerrecht nur, sie zu verhaften und vor Gericht zu stellen.

### Staatlicher Mord

Da es schwierig ist, die Anführer terroristischer Aktionen zu fassen, haben die USA entschieden, andere Wege zu gehen. Präsident George W. Bush und mehr noch jetzt Präsident Obama lassen die bekannt werdenden Anführer, auch solche, bei denen nur ein entsprechender Verdacht besteht, gezielt töten. Das geschieht mit modernen Drohnen, deren Raketen auf Ziele programmiert werden und sehr genau treffen. Nach offiziellen Meldungen sind auf diese Weise schon eine ganze Reihe von Anführern des Guerillakrieges gegen die USA umgebracht worden. Mit ihnen sind freilich regelmäßig andere Zivilisten, die sich gerade bei ihnen aufhielten, tödlich getroffen oder schwer verwundet worden.

Dieses Töten als Antiterrorkampf praktiziert der US-Geheimdienst CIA nicht nur in Afghanistan sondern auch im verbündeten Pakistan und im Jemen. Die Sprengkörper der Drohnen treffen viel genauer als die von Flugzeugen abgeschossenen Raketen oder Bomben, die z.B. Israel schon seit einiger Zeit gegen feindliche Palästinenser eingesetzt hat. Das war auch völkerrechtswidriges Morden, Todesstrafe ohne Gerichtsverfahren gegen Zivilisten, denen man illegales Kämpfen vorwarf, die man aber nicht dabei erwischen konnte. Doch aus verständlichen Gründen wurde das in Deutschland nicht weiter diskutiert und schon gar nicht verurteilt.

### „Sonst muss Deutschland aus der Nato austreten!"

Die Praxis der mit uns verbündeten USA wirft viele Fragen auf: Soll gegen Guerillaaktionen alles erlaubt sein? Wer sichert, dass Vorwürfe zutreffen und dass es keine Verwechslungen gibt? Wer hat das Recht, ohne gründliches Gerichtsverfahren über Tod und Leben zu entscheiden? Was wird, wenn das Schule macht und andere Staaten ebenso gegen Gegner vorgehen? Muss man damit rechnen, dass auch in Deutschland „Terrorzellen" eines Tages einfach bombardiert werden, etwa die Moschee, in der die Attentäter von 9/11 aus- und eingingen?

Natürlich ist es einfacher, Gegner, die man nicht erwischen kann, auf Verdacht samt allen, die womöglich gerade in ihrer Nähe sind, umzubringen. Aber die gesamte moderne Zivilisation hängt daran, dass an die Stelle von Rache und Selbstjustiz, erst recht an die Stelle tödlicher Angriffe auf Zivilisten, die als Terroristen verdächtigt werden aber von keinem Gericht in einem korrekten Verfahren verurteilt wurden, geordnetes Recht tritt. Das wird derzeit von den USA missachtet, genauer gesagt, zerbombt

Wenn ein verbündeter Staat sich vom internationalen Recht verabschiedet, was ist dann ein Bündnis mit ihm wert? Ist es dann noch vertretbar oder nicht mehr zu rechtfertigen? Kriegsverbrechen sind nicht zu rechtfertigen, auch nicht die von noch so wichtigen Verbündeten. Konsequenz: Entweder tut die Bundesregierung alles, um die völkerrechtswidrigen Praktiken des Bündnispartners USA zu beenden, und hat damit Erfolg, oder Deutschland muss aus der NATO austreten. Sonst sind wir für diese Verbrechen mitverantwortlich, und Deutschland hört auf, ein Rechtsstaat zu sein.

*Ulrich Finckh war bis zu seiner Pensionierung evangelischer Pastor und mehr als drei Jahrzehnte bis 2003 Vorsitzender der Zentralstelle KDV.*

Foto: Bundeswehr, Heer/PZ

Mordinstrument Drohne, hier eine der Bundeswehr

# Militarismus und Rekrutierung

## Besprchung aktuellerLiteratur für PazifstInnen und AntimilitaristInnen

Von Wigbert Benz und Frank Brendle

### Die Geschichte des Militarismus' in Deutschland

*Wolfram Wette: Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2011, 309 Seiten, 12,95 Euro*

Knapp drei Jahre nach ihrem ersten Erscheinen liegt die bislang einzige wissenschaftliche Gesamtdarstellung des Militarismus in Deutschland als preisgünstiges Taschenbuch vor. Wolfram Wette, Professor für Neueste Geschichte an der Universität Freiburg *(und DFG-VK-Mitglied – Anm. d. Red.)*, erörtert die Ursprünge des deutschen Militarismus und analysiert dessen Erscheinungsformen bis in die Gegenwart. Dieser entstand in der preußischen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts, kam in der kriegerischen Kultur der deutschen Kaiserzeit voll zu Geltung und fand in der NS-Zeit seinen zerstörerischen Höhepunkt.

Nach Wette bezeichnet Militarismus den spezifischen Charakter eines Staats- und Gesellschaftssystems. Einflüsse des Militärs auf die Politik, die Wissenschaft und Wirtschaft, sozialer Militarismus, Gewaltverherrlichung. Kriegsideologien, Freund-Feind-Denken, rassistische Ideologien, militaristische Erziehung und Interessen der Rüstungsindustrie sind als Bestandteile eines größeren Ganzen aufzufassen. Dabei gilt „der preußisch-deutsche Militarismus [...] als das historische Musterbeispiel von Militarismus" (S. 20-21).

Die Militarismusforschung leidet darunter, dass die Militarismus-Diskussion der deutschen Historiker im Zuge des Kalten Krieges und der damit verbundenen, aber nachhaltig durchgesetzten Totalitarismustheorie schon Mitte der 1950er Jahre abbrach. Da die Totalitarismustheorie die Geschichte des 20. Jahrhunderts entlang der Schlüsselbegriffe Demokratie und Diktatur untersuchte, vernachlässigte sie bis heute das große Feld der politischen Gewalt und damit auch der Geschichte des Militarismus. So wird der Militarismusbegriff selbst in Standardwerken zur Geschichte der Wehrmacht in der NS-Zeit vermieden.

Dem Kriegswillen des Offizierkorps sowie der Unterstützung der deutschen Intellektuellen für den deutschen „Militarismus" während des Ersten Weltkriegs stellt Wette die Positionen von Pazifisten gegenüber. Er schildert Bertha von Suttner als eine Frau, die den Militarismus als ein politisches Phänomen analysierte, das sie als unvernünftig, unmoralisch und selbstzerstörerisch beschrieb. Soldaten sah sie als von ihren Regierungen missbrauchte Werkzeuge. Die Rolle der Frauen in den vom Militarismus beherrschten Ländern hinterfragte sie kritisch. Diese seien für den massenhaften Kauf von Kriegsspielzeug ebenso verantwortlich wie für die kriegerische und nationalistische Erziehung ihrer Kinder. Von Suttner glaubte, die Überwindung des Militarismus durch die Kraft der Aufklärung, des Wissens um Gefahren sowie die Wirkungsmächtigkeit humaner Überzeugungen erreichen zu können.

Obwohl er eine klare Trennlinie zwischen dem nationalsozialistischen Vernichtungskrieg und den Vorläufern im Kaiserreich macht, betont Wette die Kontinuitätslinien, die Strukturen im militärischen Denken, auf denen die Nationalsozialisten aufbauen konnten. So konnten Hitlers Generäle bei der kriegerischen Eroberungspolitik nach außen und Militarisierung nach innen an geheime Pläne führender Militärs aus den 1920er Jahren anknüpfen.

Wette führt dezidiert aus, wie sehr dann nach dem von den Alliierten erzwungenen Zusammenbruch des „Dritten Reiches" die alte Wehrmacht das Gesicht der Bundeswehr in der jungen Bundesrepublik Deutschland prägte. Nicht nur, dass die den Vernichtungskrieg verantwortenden Generäle für die Regierung Adenauer die „neue Wehrmacht" planten, die nach längerem Hin und Her dann 1956 in „Bundeswehr" umgetauft wurde. Alle bis zum Jahre 1957 ernannten Generäle stammten aus der Wehrmacht. Im Offizierskorps befanden sich 1959 unter 14.900 Berufssoldaten 12.360 Wehrmachtoffiziere sowie 300 aus dem Führungskorps der SS. Erster Generalinspekteur der Bundeswehr wurde der Chef der Operationsabteilung im Oberkommando des Heeres, Adolf Heusinger. Er hatte jahrelang neben Hitler am Kartentisch gestanden und den Vernichtungskrieg im Osten mit geplant, bei dem es um die „systematische Reduzierung des Slawen- und Judentums" ging (S. 223).

Konstruktive Gegenkräfte zu der Belastung der Bundeswehr durch diese personelle Kontinuität sieht Wette in dem verfassungsrechtlichen Verbot eines Angriffskrieges und im Konzept des „Staatsbürgers in Uniform". Nach diesem Konzept und der geltenden Rechtslage des demokratischen Staates werde vom einzelnen Soldaten verlangt, dass er „einem Befehl, der ein Vergehen oder Verbrechen beinhaltete, nicht gehorchte" (S. 222).

Leider verzichtet der Autor weitgehend auf eine Analyse der Bedingungen und Interessenslagen, welche alte und neue Formen des Militarismus in den letzten Jahrzehnten bestimmt haben. Wette ist zuzustimmen, wenn er rückblickend einen großen Fortschritt darin sieht, dass die Deutschen Abstand vom Kernstück aller kriegerischen Machtpolitik, dem Glauben, der Krieg sei gleichsam ein Naturgesetz, Abstand genommen haben. In der Tat wird durch diese Distanzierung von der überkommenen kriegerischen Kultur die Voraussetzung für die Herausbildung einer Friedenskultur geschaffen. Bei den globalen Einsätzen der Bundeswehr seit den 1990er Jahren bewertet Wette die „Verteidigungspolitischen Richtlinien" von 1992 mit ihrer bis heute in verschiedenen Varianten bestehenden Forderung nach „ungehindertem Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" als eine wesentliche Weichenstellung gegen eine Demokratie und Verfassung verpflichteten Bundeswehr und sieht in dem „moralisch umstrittenen und zudem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, dem sog. Kosovo-Krieg" 1999 den entscheidenden „Präzedenz- und Sündenfall" (S. 230 f.)

Mit dem für ein geschichtswissenschaftliches Werk ungewöhnlich gut lesbaren Buch erreicht Wolfram Wette sein Ziel, durch eine vergleichende Betrachtung der geschichtlichen Entwicklung des Militarismus „die Fähigkeit zu angemessener politischer Gewichtung zu schärfen und die Menschen zu sensibilisieren für das Erkennen neuer Gefahren" (S. 233). Das Buch ist eine eigenständiges Denken ungemein anregende Lektüre. Es stellt sich die Frage, ob mit der Professionalisierung und Effektivitätssteigerung der Bundeswehr als Global Player auch eine „Verschlankung" des militaristischen

Denkens einsetzte, die sich zum Beispiel an solchen scheinbaren Nebensächlichkeiten wie dem Umstand zeigt, dass der „Militarismus“-Artikel der Online-Enzyklopädie Wikipedia schon alleine vom Umfang her mickriger ausfällt, als die Darstellung zu dem Waffenproduzenten Heckler & Koch – ja, als zu jedem Einzelartikel der mehr als fünfzig Waffen des Rüstungsexporteurs, die mindestens eineinhalb Millionen Menschen das Leben gekostet haben. Mir drängt sich dabei der Gedanke auf, dass dies ein Indiz für „cooles“ militaristischen Denken anno 2011 sein könnte.

*Wigbert Benz*

### Gesamtschau der Bundeswehr-Rekrutierungsmaßnahmen

*Michael Schulze von Glasser: An der Heimatfront. Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr. PapyRossa, Köln 2010, 260 Seiten, 16 Euro*

Eine Achillesferse der deutschen Kriegspolitik wird immer deutlicher erkennbar: Der schwindende personelle Unterbau. Seit Jahren dünnt sich das Bewerberaufkommen bei der Bundeswehr aus, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Die Gründe liegen auf der Hand: demographische Entwicklung einerseits, hausgemachte De-Attraktivierung durch Kriegseinsätze andererseits. Wie jedes Unternehmen versucht auch das Militär, dem schlechten Image durch großangelegte Reklame entgegenzutreten. Alleine letztes Jahr hat die Bundeswehr nach eigenen Angaben fast eine Million „Zielgruppenzugehörige“, also Jugendliche und junge Erwachsene, im direkten Kontakt erreicht – durch Präsenz von Infoteams auf Messen und Ausstellungen oder durch Vorträge von Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern an Schulen. Hinzu kommen spezifische Musik- und Sportveranstaltungen, zum Teil in Kooperation mit Jugendzeitschriften wie „Bravo“. Die Big-Band der Bundeswehr versucht derweil, bei der breiten Masse einen guten Eindruck als swingende Popgruppe zu machen.

Die Friedensbewegung hat die Bedeutung dieses Themas ebenfalls erkannt, immer mehr Gruppen engagieren sich in der Anti-Rekrutierungsarbeit. Und nicht nur Friedensgruppen: Dass die Bildungsministerien der Bundesländer in den letzten zweieinhalb Jahren in Kooperationsabkommen mit den Militärs deren wachsenden Einfluss auf die „Bildung“ von Schülerinnen und Schülern abgesegnet haben, ja ihn ausdrücklich einfordern, ruft auch Gewerkschaften wie die GEW, Schüler- und Elterninitiativen und sogar Kinderschutzgruppen auf den Plan.

Das wichtigste Verdienst des Buches von Glasser ist es, einen Gesamtüberblick über diese verschiedenen Werbeformate der Bundeswehr zu liefern. Völlig zu Recht verweist er dabei auf den fließenden Übergang von jugendspezifischer Nachwuchswerbung und allgemeiner Öffentlichkeitsarbeit. Glasser stellt akribisch (mitunter zu akribisch) Dutzende einzelner Reklameformate vor. Dabei lebt die Darstellung erkennbar davon, dass der Autor – als antimilitaristischer Aktivist – häufig aus erster Hand berichtet.

Glassers Werk ist eine Art Handbuch für PraktikerInnen der Friedensbewegung. Zu seinen Stärken gehört die Darstellung der Funktion der Jugendoffiziere und der von ihnen ausgehenden Indoktrination. Das Buch liefert eine Fülle von Hinweisen und Zitaten aus Militärquellen, die für die Bewertung der jeweiligen Reklamearten wichtig sind und die der praktischen Arbeit von Friedensgruppen direkt mit Argumenten zuarbeiten. Man muss sich diese Argumente allerdings bisweilen mühsam herausklauben. Struktur und Aufbau sind mitunter eine Herausforderung, es geht sehr sprunghaft und redundant zu. Manchmal hätte man sich etwas weniger Beschreibung und etwas mehr Analyse gewünscht. So, wenn Glasser die Reklametätigkeit als Form der Militarisierung wertet, die „größtenteils unbemerkt vonstatten“ geht – ohne die Frage zu stellen, ob es eine unbemerkte Militarisierung überhaupt geben kann, und ohne den Begriff auch nur annähernd zu definieren. Es wird nicht erkennbar, inwieweit die einzelnen Bundeswehr-Reklameformate nach ihrer Bedeutung bzw. „Effektivität“ zu gewichten sind.

Mit dem Wegfall der Wehrpflicht stehen der Bundeswehr weitere Herausforderungen bei ihrer Nachwuchswerbung bevor. Aktuelle Umfragen zeigen, dass Jugendliche nur wenig geneigt sind, sich freiwillig zu verpflichten. Dementsprechend wird die Bundeswehr ihre Reklametätigkeit ausweiten. So knapp, wie die Bewerberlage derzeit ist, kann Anti-Rekrutierungsarbeit einen wichtigen Beitrag leisten, die Kriegführungsfähigkeit der BRD zu schwächen. Glassers Buch erscheint daher zum richtigen Zeitpunkt und sei allen aktiven Friedensgruppen empfohlen.

*Frank Brendle*

## Oberlandesgericht Schleswig verurteilt Friedensaktivistin zu Schadenersatz

14.000 Euro soll die Friedensaktivistin Hanna Poddig an die DB Netz zahlen, weil sie sich im Februar 2008 in Ohrstedt/Nordfriesland an die Bahnschienen gekettet hatte, um auf die Militärtransporte der Bahn und die „Auslandseinsätze“ der Bundeswehr aufmerksam zu machen *(siehe* **ZivilCourage** *3/2010)*. Ihr Protest richtete sich grundsätzlich gegen die Existenz der Bundeswehr, einer Institution, die Menschen zum Töten abrichtet. Richter William verkündete am 25. Februar die Entscheidung, die Aktivistin sei dem Grunde nach schadensersatzpflichtig.

Der Tag hatte mit einem satirischen Straßentheater begonnen. Aktivisten hatten sich als „Freundeskreis Bundeswehrbahn“ mit Sekt und Smoking vor dem Gericht und in der Innenstadt positioniert, um die bevorstehende Verurteilung zu feiern und darauf anzustoßen, dass nun endlich „freie Bahn für Militär- und Waffentransporte“ bestehe. Die Urteilsverkündung wurde wieder von der schleswig-holsteinischen Justizsondereinheit MEG (einer Anti-Terror-Einsatzgruppe) bewacht. Dementsprechend kam es auch an diesem Verhandlungstag wieder zu rabiaten Eingangskontrollen und willkürlichen Rauswürfen.

Nachdem bereits im vergangenen Jahr das Landgericht in Flensburg gegen die Friedensaktivistin entschieden und sie für dem Grunde nach schadensersatzpflichtig erklärt hatte, ging die heute 25-Jährige in Berufung. „Nach wie vor halte ich es nicht für möglich, mit Kriegsflugzeugen und Panzern gegen Hunger und Dürre zu kämpfen. Die Ursachen vieler Konflikte liegen in einer zutiefst ungerechten Weltwirtschaftsordnung, die wenige profitieren und viele bluten lässt. Genau das sichert die Bundeswehr ab und dagegen wehre ich mich mit kreativen Aktionen. Dass ich dafür dann vor Gericht lande, ist zwar anstrengend und nicht erfreulich, aber auch nicht überraschend, denn Gerichte sind dazu da, Zustände wie sie sind, zu erhalten und möglichen Widerstand gegen herrschende Verhältnisse zu erschweren.“

Juristisch von Belang war in der Auseinandersetzung vor allem die Frage, ob die Bahn als Staatsunternehmen an das Grundgesetz gebunden sei und somit die Aktion als Versammlung hätte behandeln und rechtmäßig auflösen müssen. Vor dem Hintergrund der erst wenige Tage zuvor getroffenen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts kommt dieser Frage noch einmal mehr Bedeutung zu. Im Fall einer Demonstration am Frankfurter Flughafen hat Karlsruhe am 22. Februar, entschieden: „Von der öffentlichen Hand beherrschte gemischtwirtschaftliche Unternehmen in Privatrechtsform unterliegen ebenso wie im Alleineigentum des Staates stehende öffentliche Unternehmen, die in den Formen des Privatrechts organisiert sind, einer unmittelbaren Grundrechtsbindung.“

Das Oberlandesgericht Schleswig hatte in der mündlichen Verhandlung Anfang Februar eine gegensätzliche Rechtsauffassung vertreten. In Anbetracht des Karlsruher Urteils beantragte der Anwalt der Aktivistin daher eine Aufhebung des Urteilstermins und die Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung. Diesem Antrag kam das Gericht nicht nach, sondern verkündete, ohne ausreichend auf die vorgebrachten Argumente einzugehen, das Urteil.

„Gegen die heutige Entscheidung sind weitere Rechtsmittel möglich. Diesen Weg werde ich gemeinsam mit anderen Aktiven und meinem Anwalt selbstverständlich genau prüfen“, so Hanna Poddig.

# „Nur“ für Frieden zu sein ermöglicht Krieg „mit“!

## Zur DFG-VK-Programmdiskussion: Provokation als antimilitaristisches Aktionswerkzeug

Von Eugen Januschke

**Im Unterschied zum so genannten Kalten Krieg führt Deutschland heute handfeste Kriege. Damit muss das Ziel der DFG-VK nicht nur die Beseitigung von Kriegsursachen und die Reduzierung der strukturellen Kriegsführungsfähigkeit Deutschlands sein – beides bleiben wichtige und langfristige Aufgaben für die DFG-VK –, sondern es bedarf verstärkter Anstrengungen, signifikant zur Beendigung von laufenden Kriegen mit Beteiligung der Bundeswehr beizutragen. Dabei erhöht sich die Dringlichkeit für kurzfristige Effekte von solchen Aktionen. Es muss überlegt werden, auch auf andere Aktionsformen als die bisher für die DFG-VK üblichen zurückzugreifen. Hier wird begründet, dass die Provokation eine solche neue Aktionsform darstellt.**

Durch die nun laufenden Kriege mit Beteiligung der Bundeswehr, lässt sich eine gesellschaftliche Gruppe in Deutschland ausmachen, die als „ambivalente Mehrheit für den Frieden“ bezeichnet werden kann. Diese gesellschaftliche Mehrheit spricht sich seit Jahren regelmäßig in Umfragen gegen den Krieg in Afghanistan aus. Aber schon bei Wahlen ist hiervon nichts mehr zu merken; geschweige denn bei Versuchen, der Fortführung dieses Krieges mit direkterer und persönlicher Einflussnahme zu begegnen. In ihrer Passivität ermöglicht die „ambivalente Mehrheit für den Frieden“ den Krieg mit. Die bisherige Strategie der DFG-VK zielt sicherlich auch auf ein Aktivieren von Menschen aus dieser Friedensmehrheit. Allerdings liegt der Schwerpunkt der DFG-VK auf Maßnahmen, die dieser Mehrheit Gehör verschaffen wollen im politischen Entscheidungsprozess. Als Mittel der Strategie des Gehörverschaffens dienen z.B. die Lancierung von entsprechenden Inhalten in Leitmedien, Parlamentariergespräche, Postkartenaktionen, Unterschriftenlisten und dergleichen.

Um zumindest einen Teil dieser „ambivalenten Mehrheit für den Frieden“ zu einem signifikanten Einsatz gegen den laufenden Krieg zu bewegen, erscheint es überlegenswert, eine andere Strategie einzuschlagen, als die Friedensmehrheit immer nur zu „pampern“. Ein mögliches Mittel dieser anderen Strategie kann die Provokation sein. Wie wirkt Provokation, damit sie als Mittel einer solchen Strategie dienen kann? Zunächst gilt festzustellen, dass Provokation hierbei kein Selbstzweck ist. Sie möchte in den gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozess eingreifen, indem sie Denkprozesse über bestimmte gesellschaftliche Zustände auslösen will. Das Nachdenken soll erreicht werden durch Diskussionen über diese Zustände zwischen den beteiligten Personengruppen: den ProvokateurInnen, den Wohlwollenden und den Verärgerten. Dabei geht es in einer offenen Form der Provokation um eine grundsätzliche Infragestellung der kritisierten gesellschaftlichen Verhältnisse, aber auch der Provokation. Das unmittelbare Ziel der Provokation ist dabei nicht, Identifikation mit den ProvokateurInnen herzustellen und von dieser Identifikation zu profitieren, sondern Diskussion und Widerspruch zu produzieren. Deshalb werden die inhaltlichen Ziele der Provokation nicht als durchdeklinierte Wahrheit präsentiert, sondern ergeben sich aus dem Prozess des herbeigeführten Konflikts. Letztlich hat eine solche Art von Provokation auch ein „aufklärerisches“ Anliegen, das gesellschaftlich verändernd wirken will: Menschen sollen einbezogen, konfrontiert und im übertragenen wie wörtlichen Sinne nicht unbeteiligt gelassen werden.

Um diese Wirkung zu erreichen, konstituiert jede Provokation eine Identität der jeweils Provozierten. Gänge Beispiele hierfür sind „die Spießer“, „die Heteros“, „die Herrschenden“, „das Establishment“, „der Mainstream“, etc. Für die Zielgruppe der „ambivalente Mehrheit für den Frieden“ liegt das identitätsstiftende Moment der Provokation in der Aussage: „Nur“ für Frieden zu sein, ermöglicht Krieg „mit“. Bei dem Schampussaufen der „Aktion Y“ stand hierfür das Thema der „falschen“ Trauer, so zumindest eine Interpretationsmöglichkeit dieser Provokation. Damit sollte klar sein, dass die „ambivalente Mehrheit für den Frieden“ weder Zuschauer der Provokation ist, noch gar die Rolle eines Schiedsrichters der Provokation spielen soll, um deren Gunst zu buhlen wäre. Es gilt, die Menschen dieser Mehrheit selbst zu provozieren, um sie zu involvieren.

Nun ist die Provokation zwar nicht auf eine Mehrheitsfähigkeit angewiesen, aber ihre Vermittelbarkeit ist umso wichtiger. Doch in der Provokation selbst ist eine inhaltliche Erklärung so nicht möglich und, falls Repressionen drohen, auch sonst nicht von den ProvokateurInnen zu leisten. Hier bedarf es eines Umfelds von Wohlwollenden, die diese zusätzliche Erklärungsarbeit leisten, ohne sich dafür notwendigerweise mit der Provokation in all ihren Aspekten identifizieren zu müssen. Diese Rolle des Umfeldes ist umso wichtiger, je stärker eine Provokation auf eine massenmediale Verbreitung setzt. Denn die Medien können nicht als „Partner“ in der Provokation verstanden werden, sondern bedienen sich der Provokation für ihre jeweils eigenen Ziele und deuten die Provokation entsprechend. Damit dennoch die Provokation als sparsames Mittel - mit möglichst geringen Aufwand soll eine möglichst große Wirkung erzielt werden, indem man Medien und Provozierten die Arbeit überlässt - den gewünschten Effekt erzielt, bedarf es zumindest einer inhaltliche Vorbereitung des Umfeldes der Wohlwollenden. Dies ist umso notwendiger, wenn ein vermeintlich wohlwollendes Umfeld durch die Provokation selbst identifiziert wird, wie dies bei „Tag Y“ mit der DFG-VK der Fall war.

Nicht nur hierbei müssen signifikante und schmerzhafte Fehler in Inhalt und Durchführung der Provokation „Tag Y“ konstatiert werden. Aber gerade deshalb ist eine verbandliche Diskussion notwendig, die zu einer Weiterentwicklung dieser Aktionsform beiträgt. Dazu sollte im Programm der DFG-VK klar gestellt werden, dass die Provokation als Aktionsform prinzipiell anerkannt ist, wodurch die Diskussionen um konkrete Provokationen zur Weiterentwicklung dieser Aktionsform dienen können und nicht durch allgemeine Rechtfertigungszwänge eingeengt werden.

*Eugen Januschke ist promovierter Semiotiker und aktiv im DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg.*

# Der lange Atem

## Die frühere DFG-IdK-Bundesvorsitzende Hannelis Schulte feierte ihren 90. Geburtstag

Von Ulli Thiel

Foto: Familie Schulte-pivot

Hannelis Schulte mit ihren Gästen in Heidelberg

Die frühere Vorsitzende unserer Friedensgesellschaft Dr. Hannelis Schulte feierte Anfang dieses Jahres ihren 90. Geburtstag. Viele MitstreiterInnen sowie FreundInnen der großen „Familie Schulte“ waren ins Gesellschaftshaus Heidelberg-Pfaffengrund gekommen und würdigten mit Liedern, Gedichten, Grußworten, Anekdoten, Erzählungen und durch ihr Dabeisein die ehemalige Pfarrerin, Religionslehrerin und Privatdozentin und ihr über 50-jähriges Engagement für Frieden und Gerechtigkeit.

Neben ihrer Arbeit in unserer Organisation war Hannelis aktiv gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, für die Ostermärsche, gegen den Vietnam-Krieg und für die Hilfsaktion Vietnam. Später engagierte sie sich gegen die Stationierung der Atomraketen und gegen die weltweiten Einsätze der Bundeswehr. Lange Zeit war sie Vorsitzende der Deutschen Friedensunion Baden-Württemberg und im letzten Jahrzehnt Mitglied des Heidelberger Gemeinderates für die Partei Die Linke/PDS – also im Alter von über 80 Jahren!

Beim Rückblick auf ein so langes und eindruckvolles Leben und Wirken kommt zwangsläufig die Frage nach der Grundlage für diesen „langen Atem“ auf. In ihrer Ansprache deutete Hannelis an, welche Grundeinstellungen ein lang andauerndes Engagement für eine friedliche Welt begünstigen:

- sich nicht von einem einmal als richtig erkannten Weg abbringen lassen;
- auch bei starken Widerständen und drohenden Sanktionen (und davon hat Hannelis viele erlebt) nicht einknicken;
- das Handeln nicht vom kurzfristigen Erfolg abhängig machen;
- nicht resignieren, wenn die Bemühungen und Aktionen nicht sofort zum erhofften Ergebnis führen.

Es ist schon erstaunlich, wie sehr es Hannelis mit ihren 90 Jahren noch immer gelingt, Hoffnung und Zuversicht zu verbreiten und ihre Mitmenschen zum (friedens-)politischen Engagement zu ermutigen.

Als Geschenk erhielt Hannelis von der DFG-VK einen Linolschnitt des Künstlers Gunter Schmidt (DFG-VK-Mitglied), der den langjährigen Präsidenten unserer Organisation Martin Niemöller zeigt, mit dem Hannelis zwölf Jahre im Bundesvorstand zusammengearbeitet hat.

*Ulli Thiel ist Sprecher der DFG-VK Gruppe Karlsruhe.*

Liebe Hannelis,

es ist mir eine besondere Freude, einer ehemaligen Bundesvorsitzenden unserer Vorläuferorganisationen und langjährigen Aktiven der Heidelberger DFG-VK zur Feier des 90. Geburtstags gratulieren zu können.

Du hast in Deinem langen Leben dem Pazifismus in Deutschland viele Impulse gegeben und Verantwortung übernommen: von 1962 bis 1968 im Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft und von 1968 bis 1974 als gleichberechtigte Bundesvorsitzende der DFG-IdK (mit dem leider viel zu früh verstorbenen Helmut Michael Vogel). In der Heidelberger DFG-VK-Gruppe warst Du über Jahrzehnte eine feste Größe und noch vor wenigen Jahren regelmäßige Teilnehmerin an den Gruppentreffen. Dafür möchten wir Dir auf diesem Wege noch einmal ganz herzlich danken.

Im Namen des Bundessprecherkreises und damit des Bundesverbandes der DFG-VK wünsche ich Dir, liebe Hannelis, einen schönen Festtag im Kreise der Freunde und Mitstreiter für eine gerechte und friedliche Welt. Für die kommenden Jahre Gesundheit, geistige Frische und Lebensfreude. Bleib uns und dem Pazifismus noch lange erhalten!

Wolfgang Menzel
DFG-VK-Bundessprecher


### Impressum

**Redaktionsanschrift:** ZivilCourage, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-589 6161, Telefax 03212-1028255, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de • **Herausgeberin:** Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt • **Redaktion:** Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de) • **Druck:** UWS-Druck, Libanonstraße 72a, 70184 Stuttgart, Telefon 0711-463005 • **Vertrieb:** Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834 • **ISSN:** 1614-1954 • **Anzeigenverwaltung:** SPS-Graphics, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-69647239, eMail, sps-graphics@gmx.net; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2006 gültig. • **Erscheinungsweise:** zweimonatlich, sechs Mal jährlich • **Haftungsausschluss:** Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. • **Offizielle Stellungnahmen** der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. • **Namentlich** gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. • **Der Nachdruck** von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. • **Bezugsbedingungen:** Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 14.- € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin. • **Beilagen:** „atomwaffenfrei“ und Informationsschreiben der DFG-VK (Gesamtauflage), „Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg (Teilauflage) • **Redaktionsschluss** für diese Ausgabe war der 11. März. Die nächste Ausgabe erscheint im Mai, Redaktionsschluss ist der 25. April.

# ... und noch ein 90. Geburtstag

## Otmar Leist: Friedensschriftsteller in der „Rüstungshochburg“ Bremen

Von Joachim Fischer

Unser Mitglied Otmar Leist feierte am 16. Januar seinen 90. Geburtstag. Soweit sein Alter es ihm erlaubt, arbeitet er noch mit Rat und Tat in der Bremer DFG-VK-Gruppe mit. Keine Friedensdemo findet ohne ihn statt.

Otmar Leist wurde 1921 in Bremen geboren, ist hier seit 1975 als freier Schriftsteller tätig und hat zahlreiche Lyrik- und Prosabände veröffentlicht. Er ist Mitglied im Verband deutscher Schriftsteller in der Gewerkschaft ver.di und seit den 1960er Jahren in der Friedensbewegung aktiv. Er leitet den Bremer „Literatreff“, bei dem Schreibende ihre Texte zur Diskussion stellen. Seit 1992 veröffentlicht er seine Bücher im Donat-Verlag, wo auch 2009 sein aktueller Gedichtband „Unter schräger Sonne“ erschien. Darin sind viele neue seiner scharf geschliffenen Sprüche gegen die Kriegsvorbereiter, aber auch Erinnerungen an Bertha von Suttner, Ludwig Quidde und Carl von Ossietzky, zu finden, denen in Bremen Straßennamen gewidmet sind, deren Vorbild aber wenig bekannt ist, geschweige denn befolgt wird.

In einer Stadt, Bremen nachempfunden, spielt auch der große Roman „Die Schlange“ von Otmar Leist, 2001 ebenfalls im Donat-Verlag erschienen. Bremen muss sich wegen der hier angesiedelten Rüstungsindustrie und des Exports von Waffen in alle Welt den traurigen Titel „Rüstungshochburg“ gefallen lassen. 2003 nannte die Zeitung „Antifa“ „Die Schlange“ einen politisch wertvollen Roman, der intensiv und gründlich lotet. Die Zeitschrift „Ossietzky“ bezeichnete ihn als „ein Buch von bemerkenswerter Präsenz und Offenbarungskraft, ein Buch, das Menschen verschiedensten Alters und aus verschiedensten Gesellschaftsschichten zu Wort kommen lässt, ein Buch, das sich Jüngeren, Ostdeutschen und anderen Nichtbeteiligten als ein Schlüssel zum Verständnis heutiger Zustände anbietet, indem es die deutsche Nachkriegsgeschichte als Geschichte permanenter Remilitarisierung begreiflich macht.“ Dabei zeichnet es auch ein vielseitiges und farbenreiches Bild der bremischen DFG-Gruppe und ihrer Arbeit.

Foto: DFG-VK Bremen

Otmar Leist: 90 Jahre – radikal und weise

Otmar Leist arbeitet derzeit an einem neuen Werk, auf das wir sehr gespannt sind. Wir grüßen ihn und wünschen ihm weiterhin viel Kraft. Mögen ihm noch viele Jahre beschieden sein!

*Joachim Fischer ist aktiv in der DFG-VK-Gruppe Bremen.*

# DFG-VK-Beitrittserklärung

### Eintritt

Ich unterstütze die Grundsatzerklärung und werde Mitglied in der DFG-VK. Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten bei der DFG-VK gespeichert werden. Die DFG-VK sichert die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Straße und Hausnummer

Telefon

@

eMail

Datum und Unterschrift

### Beitrag

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- ○ Förderbeitrag (Stufe 6) 24 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 5) 18 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 4) 12,50 Euro
- ○ Normalbeitrag (Stufe 3) 8 Euro
- ○ Ermäßigter Beitrag (Stufe 2) 4 Euro
- ○ Mindestbeitrag (Stufe 1) 1,50 Euro

Darüber hinaus spende ich monatlich ____ Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig ____ Euro.

Mein Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen):

- ○ vierteljährlich
- ○ halbjährlich
- ○ jährlich

### Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in

Bank

BLZ

Kontonummer

Datum und Unterschrift

**Das DFG-VK-Spendenkonto:**
**Nummer 8304600**
**Bank für Sozialwirtschaft Köln**
**BLZ 37020500**

DFG-VK

**DFG-VK-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE**
**Kasseler Straße 1 A, D-60486 Frankfurt**
Postvertriebsstück DP AG 1 H 5756 F Entgelt bezahlt

Keine Anzeige

# Klimaschützer unter sich

Kernkraftwerk und Wasserkraft : $CO_2$-Ausstoß = Null

**Gemeinsam in eine nachhaltige Energiezukunft.**
Erneuerbare Energien und Kernenergie sind ideale Partner einer klimafreundlichen Stromversorgung.

Mehr Informationen unter **www.kernenergie.de**

Deutsches Atomforum e.V.

*geklaut aus „Titanic" (www.titanic-magazin.de)*

Weitere Informationen über die **DFG-VK** im Internet unter www.DFG-VK.de

... im DFG-VK-Mitgliedsbeitrag ist der Bezug der ZivilCourage enthalten.

Bitte Rückseite ausfüllen und im Fensterumschlag schicken an die

DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

**Die pazifistische Grundsatzerklärung**
Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

**Friedlich denken allein ändert nichts.**

**Werde Mitglied!**

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
DFG-VK